



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Deutsches
Jugendinstitut

Berufliche und soziale Integration im sozialen Raum

Ausgewählte Beiträge zum Handlungsfeld

Heike Förster (Hg.)



Forschungsschwerpunkt
Übergänge in Arbeit
Arbeitspapier 4/2004

Wissenschaftliche Texte

Wissenschaftliche Texte

Heike Förster (Hg.)

Berufliche und soziale Integration im sozialen Raum
Ausgewählte Beiträge zum Handlungsfeld

München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 4/2004

Arbeitspapiere
aus der wissenschaftlichen Begleitung
zum Modellprogramm Freiwilliges Soziales
Trainingsjahr des Bundesministeriums
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Der Forschungsschwerpunkt "Übergänge in Arbeit" steht in einer Forschungstradition des DJI, die, ausgehend von der Analyse der Übergangsbioografien von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, auch die Strukturen und Institutionen, Politiken und sozialen Folgen der Veränderungen des Übergangssystems zum Gegenstand gemacht hat. Dieses Forschungsengagement am DJI legitimiert sich nicht zuletzt aus dem im KJHG formulierten Auftrag an die Jugendhilfe, die berufliche und soziale Integration von Jugendlichen zu fördern und dabei eine Mittlerfunktion im Verhältnis zu anderen, vorrangig zuständigen und in ihren Ressourcen leistungsfähigeren Akteuren wahrzunehmen.

Dieses Arbeitsheft wurde am Deutschen Jugendinstitut im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprogramms "Freiwilliges Soziales Trainingsjahr" erarbeitet, ein Modellprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Die wissenschaftliche Begleitung des Modellprogramms wird im Auftrag und mit finanzieller Förderung durch das BMFSFJ durchgeführt. Dieser Bericht wird mit Unterstützung durch das BMFSFJ veröffentlicht.

© 2004 Deutsches Jugendinstitut e.V.
Forschungsschwerpunkt Übergänge in Arbeit
Projekt "Wissenschaftliche Begleitung des "Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres"

Nockherstraße 2, 81541 München Telefon(089) 62306-177
Telefax (089) 62306-162

Außenstelle Halle
Franckeplatz 1 – Haus 12/13, 06110 Halle Telefon(0345) 68178-23
Telefax (0345) 68178-47

Gesamtherstellung: Druckerei Rohde, Rackwitz

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
Prozesse der beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen. Regionen im Vergleich	6
Karrieren am Rande normaler Erwerbsarbeit. Ausbildungs- und Erwerbsverläufe junger Erwachsener in den neuen Bundesländern	23
Soziale Vernetzung im Stadtteil – Ergebnisse des Programms "Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten" unter besonderer Berücksichtigung des Programmbausteins "Freiwilliges Soziales Trainingsjahr"	39
Vom Konzept zur praktischen Arbeit – Ergebnisse einer Vergleichsuntersuchung in drei ausgewählten Standorten des FSTJ	56

Einleitung

In den letzten Jahren haben im Bereich der Jugend- und Jugendsozialarbeit sozialräumliche Ansätze an Bedeutung gewonnen. Nicht erst seit es die Bundesprogramme bzw. Bund-Länderprogramme "Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten" und "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt" gibt, ist den Praktikern die Problemlage von Kindern und Jugendlichen in zunehmend segregierten Stadtteilen bekannt. Dennoch ist festzustellen, dass sich die Umsetzung von Programmen und Projekten in begrenzten Sozialräumen schwierig gestaltet.

Vom Deutschen Jugendinstitut werden seit vielen Jahren Projekte der Jugendsozialarbeit wissenschaftlich begleitet und die Ergebnisse an die Praxis zurückgespiegelt. Immer wieder wurde betont, dass den regionalen und sozialräumlichen Spezifika mehr Beachtung geschenkt werden muss.

Die folgenden vier Beiträge gehen in unterschiedlicher Weise auf regionale Disparitäten und sozialräumliche Bezüge ein.

Der erste Beitrag verschafft einen Überblick über die regional unterschiedlichen Bedingungen, denen Jugendliche im Übergang von der Schule in die Ausbildung bzw. den Beruf ausgesetzt sind. Im zweiten Teil dieses Beitrages wird auf die Gruppe Jugendlicher abgehoben, denen der Übergang in Ausbildung bzw. Beruf nicht gelingt, die über verschiedene Maßnahmen gefördert werden, diese aber mit unterschiedlichem Erfolg absolvieren.

Der zweite Beitrag fasst Ergebnisse aus einer Untersuchung des Deutschen Jugendinstitutes zusammen, die in drei Regionen Ostdeutschlands realisiert wurde und sich Karrieren Jugendlicher jenseits der normalen Erwerbsarbeit zuwendet. Hierbei geht es darum herauszuarbeiten, welche unterschiedlichen Bedingungen die jungen Menschen zu welchen Bewältigungsstrategien bewegen, um der dauerhaften Exklusion vom Arbeitsmarkt zu entgehen.

Im dritten Beitrag geht es um einige Ergebnisse aus dem Modellprogramm "Entwicklungen und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten – E&C", deren wissenschaftliche Begleitung in der ersten Phase sich dezidiert der Netzwerkarbeit in den sozialen Brennpunkten gewidmet hat. Im zweiten Teil dieses Beitrages wird die sozialräumlich angelegte Arbeit der Qualifizierungsbüros des "Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres- FSTJ"- einem Baustein von E&C näher beschrieben.

Im letzten Beitrag wird eine qualitativ angelegte Studie vorgestellt, die sich der inhaltlichen Veränderung von Konzepten des FSTJ und ihrer Bewertung widmet. Drei Projekte wurden dabei von ihrer Ausgangslage bei Beantragung über den Verlauf eines Jahres verfolgt und Veränderungen konstatiert und bewertet. Über dieses Raster können auch andere Projekte analysiert und evaluiert werden. Der Beitrag gibt einen Einblick in die methodische und inhaltliche Vorgehensweise.

Heike Förster

Prozesse der beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen. Regionen im Vergleich¹

Es ist an dieser Stelle nicht möglich das Thema beruflicher und sozialer Integration von Jugendlichen in seiner ganzen Komplexität vorzustellen.

Zu Beginn wird die Ausbildungssituation und der Übergang ins Erwerbsleben thematisiert und auf regionale Unterschiede hingewiesen. In einem zweiten Teil wird auf die Wanderungsbewegungen der Jugendlichen eingegangen, weil sie eng mit dem Thema der beruflichen Perspektiven von Jugendlichen verknüpft sind. Im dritten Teil werden anhand von Ergebnissen aus Projekten des Forschungsschwerpunktes ‚Übergänge in Arbeit‘ die Probleme benachteiligter Jugendlicher im Hinblick auf die berufliche Integration aufgezeigt.

Die Ausbildungssituation und der Übergang ins Erwerbsleben

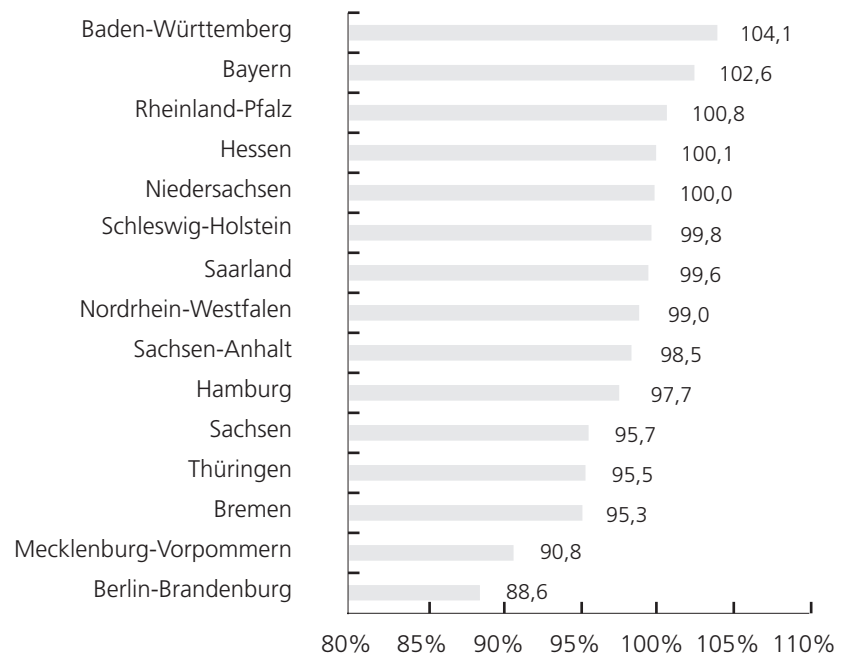
Besonders im Herbst jeden Jahres verschärfen sich die Diskussionen um die Ausbildungsplatzsituation in Deutschland, so auch im Jahr 2003. Die Bilanz der Bundesanstalt für Arbeit im September weist aus, dass es 719.600 Jugendliche gab, die sich als Bewerber für Berufsausbildungsstellen registrieren ließen. 95 % dieser Jugendlichen konnten versorgt werden, knapp 35.000 Jugendliche blieben bis September unversorgt (Bundesanstalt für Arbeit 2003: 6).

Betrachtet man die Angebots-Nachfrage-Relation auf dem Ausbildungsmarkt bezogen auf die Bundesländer, so werden bereits hier regionale Unterschiede deutlich.

¹ Dieser Text entstand zur Eröffnung der Regionalen Außenstelle des Deutschen Jugendinstituts in Halle am 30.09.2003 und wurde als Vortrag gehalten.

Abbildung 1: Angebot und Nachfrage-Relation auf dem Ausbildungsmarkt 2002 (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit 2003)

Angebot und Nachfrage-Relation auf dem Ausbildungsmarkt 2002



2002 gab es lediglich 5 Bundesländer, die ein ausgeglichenes Angebots- und Nachfrageverhältnis bzw. ein leichtes Überangebot aufwiesen. In den anderen Bundesländern können nicht einmal zahlenmäßig so viele Ausbildungsstellen zur Verfügung gestellt werden, wie zur Versorgung der Bewerber notwendig wären, von einer Übereinstimmung zwischen den Interessenlagen der Bewerber mit den möglichen Ausbildungsberufen ist hier noch gar nicht die Rede. Zu bemerken ist über mehrere Jahre ein steter Rückgang an Ausbildungsplätzen, so dass sich die Angebots-Nachfrage-Struktur z.B. in Baden-Württemberg von 135,5 % im Jahr 2002 auf derzeit 104,1 % im Jahr 2003 verringert hat.

In den neuen Bundesländern haben wir es auch in deutlich größerem Umfang (zwischen 23 % und 34 %) mit überbetrieblicher Ausbildung zu tun, was sowohl hinsichtlich der späteren Übergangschancen nach der Ausbildung erhebliche Folgen hat.

Deutlich wird auch, dass wir es nicht nur mit einem Ost-West-Gefälle zu tun haben, sondern auch zwischen den alten Bundesländern erhebliche Differenzen bestehen. Vor allem die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sind hier in einer ähnlich schwierigen Situation wie die neuen Bundesländer. Die Bereitstellung von Ausbildungsstellen ist aber nur eine Seite der Medaille. Wie bereits ausgeführt, münden nur 47 % der aktuellen Bewerber in Ausbildung ein und dies sind vor allem Jugendliche mit höheren und besseren Schulabschlüssen. Betrug der Anteil der Hauptschüler an den Auszubildenden im Jahre 1970 noch 80 %, 1980 etwas mehr als 50 %, so war es im Jahre 2001 nur noch knapp ein Drittel. Dies liegt zum einen an der sinkenden Zahl bereitgestellter Ausbildungsplätze (allein von 2001 zu 2002 sank die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze von ca. 640.000 auf

590.000, um in diesem Jahr noch weiter abzusinken). Zum anderen verändern sich die Anforderungen an Auszubildende in Deutschland. Immer häufiger wird der Realschulabschluss bzw. das Abitur als Voraussetzung für bestimmte Ausbildungsberufe angegeben. Demzufolge steigt auch der Anteil Jugendlicher mit Hochschulreife in der Berufsausbildung an, wobei es extreme regionale Unterschiede gibt. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Bayern liegt der Anteil unter 10 %. In Bremen, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und Hamburg liegt mit über 20 % der Anteil von Jugendlichen mit Abitur in der dualen Berufsausbildung deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Dies hat Auswirkungen auf die Chancen von Jugendlichen mit schlechteren Bildungsvoraussetzungen.

Neben der dualen Berufsausbildung nimmt die Bedeutung der schulischen Berufsausbildung kontinuierlich zu. So stieg die Zahl der Berufsfachschüler zwischen 1993 und 2001 von ca. 360.000 auf rund 540.000. Darin enthalten sind auch die Schülerinnen und Schüler, die ein Berufsvorbereitungsjahr bzw. ein Berufsgrundbildungsjahr durchlaufen, wobei der Zuwachs eindeutig im Berufsvorbereitungsjahr liegt. Auch regionale Differenzierungen lassen sich in diesem Bereich ausmachen, so erreichen die Bundesländer Baden-Württemberg, Sachsen und Berlin in diesem Bereich die höchsten Teilnehmerzahlen, während das Saarland, Schleswig-Holstein und Bremen die niedrigsten Zahlen ausweisen. Im Land Brandenburg wird das Berufsvorbereitungsjahr überhaupt nicht angeboten. Das Berufsgrundbildungsjahr mit einer Größenordnung von ca. 40.000 Teilnehmern jährlich spielt in den neuen Bundesländern eine untergeordnete Rolle, wird in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern überhaupt nicht angeboten. In den alten Ländern haben Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die höchsten Anteile. Mehr als die Hälfte aller Teilnehmer im Berufsgrundbildungsjahr kommen aus diesen beiden Ländern, Bayern hat in dieser Schulform den höchsten Rückgang zu verzeichnen. Sowohl im Berufsvorbereitungsjahr als auch im Berufsgrundbildungsjahr dominieren die männlichen Teilnehmer.

Anders sieht das bei der voll qualifizierenden Berufsausbildung an Berufsfachschulen aus, dort finden wir einen Frauenanteil von 70 %. Regional gesehen ist der Anteil der Berufsfachschüler in den neuen Ländern im Verhältnis zu den alten überproportional hoch.

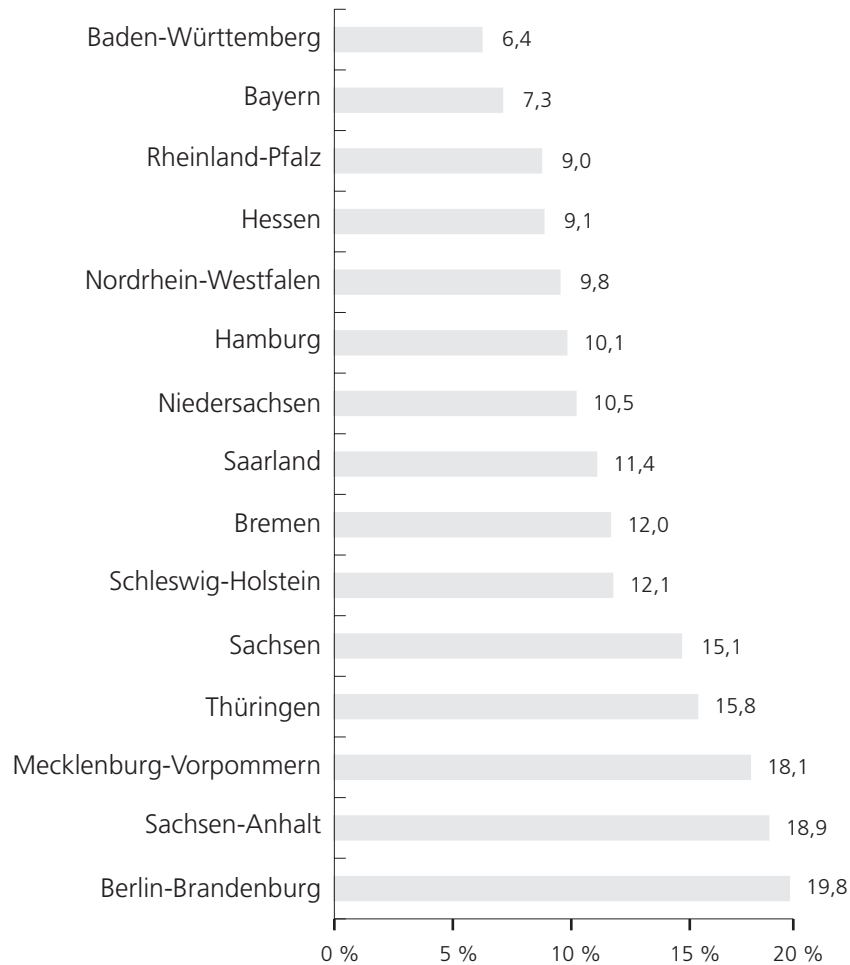
Für eine nicht unbeträchtliche Zahl Jugendlicher beginnt der Weg nach der Schule jedoch nicht mit einer Berufsausbildung, sondern mit berufsvorbereitenden Maßnahmen des Arbeitsamtes. Im Jahr 2002 waren es rund 137.000 Jugendliche, die in Grundausbildungslehrgänge, BBE-Lehrgänge und TIP-Lehrgänge einmündeten. Dabei sind die Anteile in den neuen Ländern wesentlich höher als in den alten. Sind es in den alten Ländern etwa 5 % der Jugendlichen so betrifft dies in den neuen Ländern 20 %. Hier wirkt sich die Lage auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sehr deutlich aus. Wir finden in Maßnahmen in den neuen Ländern deutlich mehr marktbenachteiligte Jugendliche. Die Anschlusschancen an solche berufsvorbereitenden Maßnahmen sind dabei unterschiedlich. Während von den TeilnehmerInnen an Grundausbildungslehrgängen knapp die Hälfte nach Beendigung der Maßnahme in eine betriebliche Ausbildung mündet, sind dies bei den BBE-Maßnahmen nur knapp ein Drittel und bei den TIP-Lehrgängen etwa

12 %. Die Teilnahme an einem TIP-Lehrgang führt bei 40 % der TeilnehmerInnen zu einem Übergang in andere berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, auch die BBE-TeilnehmerInnen wechseln zu 17 % in weitere Maßnahmen der Berufsvorbereitung. Dies kann zum Teil dazu führen, dass Maßnahmekarrieren entstehen bzw. Fluktuationstendenzen sich verstärken. In allen drei Formen berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen haben wir einen relativ hohen Anteil Jugendlicher, deren Verbleib nach der Maßnahme unbekannt ist, nämlich etwa 30 % bzw. Jugendliche ohne Anschluss mit ca. 8 %. Für diese Jugendlichen stellt schon die erste Schwelle scheinbar ein unüberwindbares Hindernis dar, und es müssen andere Unterstützungsformen für sie gefunden werden.

Auf Schwierigkeiten bei der beruflichen Integration stoßen immer mehr Jugendliche jedoch nicht nur an der so genannten ersten Schwelle, sondern zunehmend auch an der zweiten. So ist festzustellen, dass vor allem in den neuen Ländern aufgrund des hohen Anteils überbetrieblicher Ausbildung die Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung in Arbeit deutlich geringer ausfällt. Während 2001 in den alten Bundesländern 17 % der erfolgreich Ausgebildeten in die Arbeitslosigkeit gingen, waren es in den neuen Bundesländern knapp 40 %. Dabei lag der Anteil junger Frauen, die arbeitslos wurden, mit 46 % noch etwas höher als der der jungen Männer. Die Arbeitslosenquote Jugendlicher unter 25 Jahren nach Bundesländern verdeutlicht dies:

Abbildung 2: Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 25 Jahre (Quelle Bundesanstalt für Arbeit, Sept. 2003)

Arbeitslosenquote Jugendlicher unter 25 Jahren



Die Arbeitslosenquote weist gravierende regionale Unterschiede auf, sie ist in den neuen Bundesländern am höchsten, weil es dort nach wie vor zwar eine überbetriebliche Ausbildung in großem Umfang gibt, aber der Übergang in Arbeit durch diese nicht gewährleistet werden kann. In den wirtschaftsstarken Regionen Baden-Württemberg und Bayern, aber auch in Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen liegen die Arbeitslosenquoten bei den Jugendlichen unter 10 %, obwohl auch hier ein Anstieg in den letzten Jahren zu verzeichnen ist.

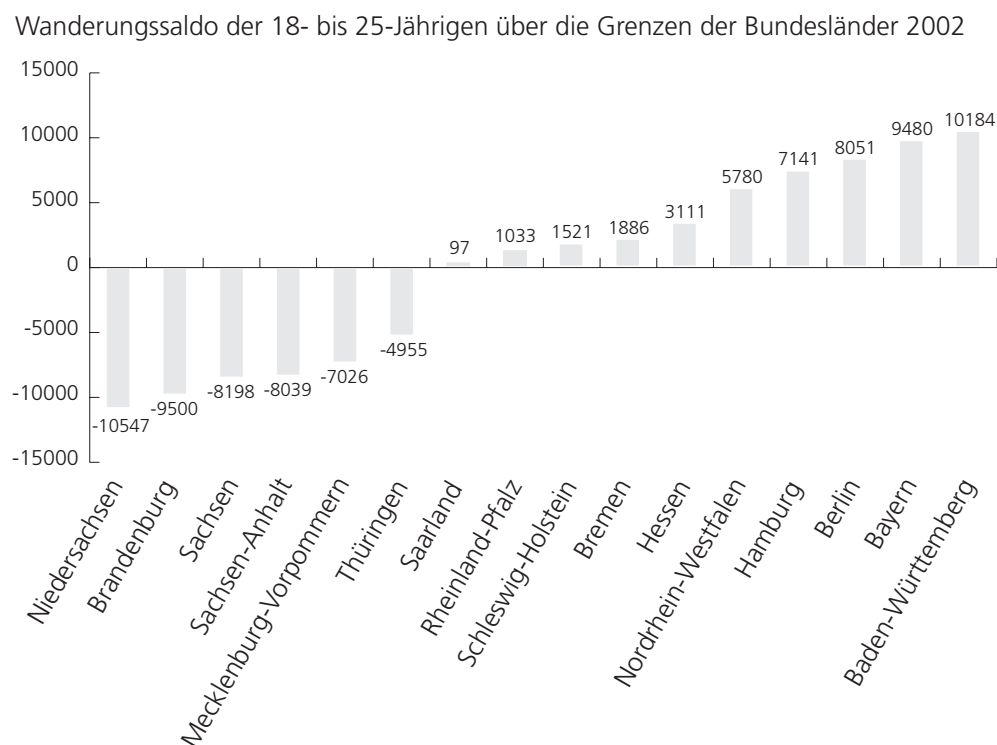
Die Wanderungsbewegung Jugendlicher 2002

Vor dem Hintergrund der Wirtschaftsentwicklung in den letzten Jahren, der Ausbildungsplatzsituation und der sehr hohen Arbeitslosenquoten verwundert die Binnenwanderung von Ost nach West und auch von Nord nach Süd kaum.

Die nächste Grafik zeigt das Wanderungssaldo der 18- bis 25-Jährigen nach Bundesländern für das Jahr 2002. Hier sind die wirtschaftsstarken

Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg die eindeutigen Wanderungsgewinner, gefolgt von Hamburg und Berlin sowie Nordrhein-Westfalen.

Abbildung 3: Wanderungssaldo der 18- bis 25-Jährigen über die Grenzen der Bundesländer 2002 (Quelle Bundesamt für Statistik 2003)



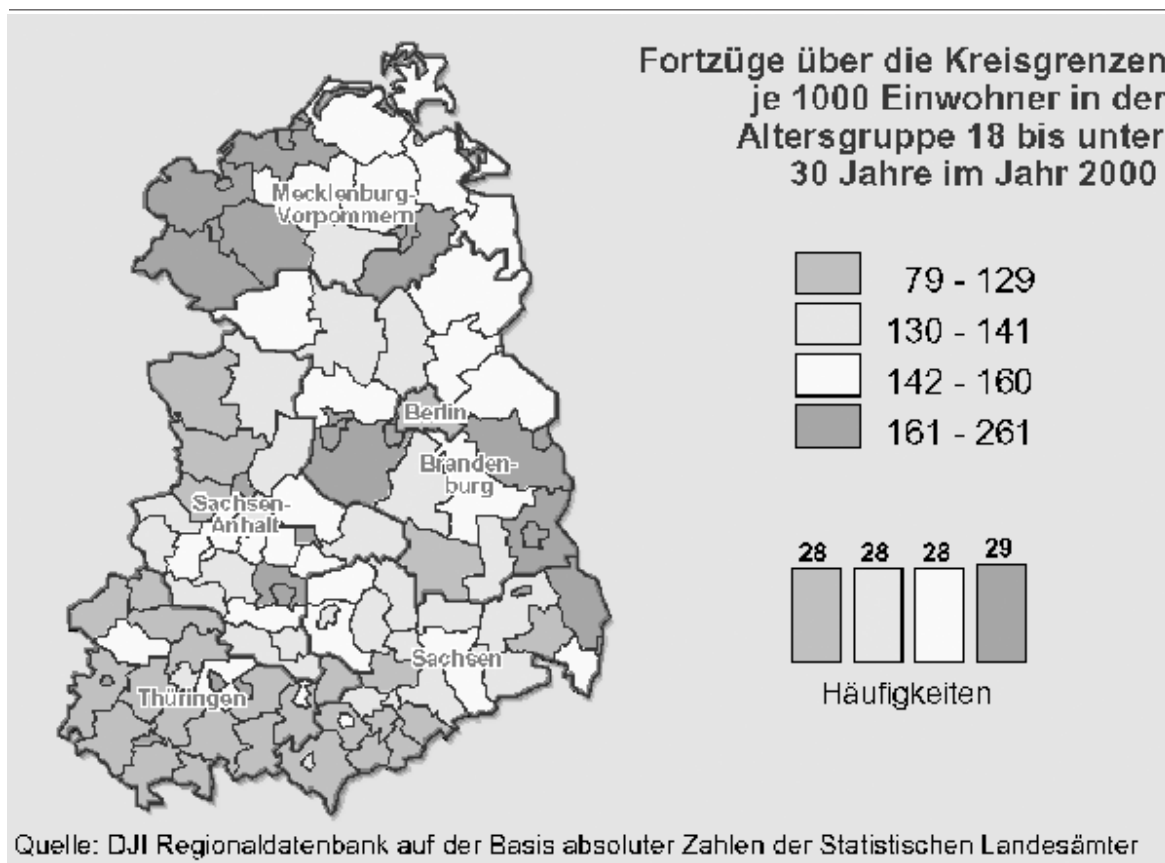
Wanderungsverluste in erheblichem Maße verzeichnet neben den neuen Bundesländern vor allem Niedersachsen. In der Grafik ist zu sehen, dass bei den 18- bis 25-Jährigen die größten Abwanderungen aus Niedersachsen stattfanden (und zwar nach Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen sowie Baden-Württemberg und Bayern). Das zweitstärkste Abwanderungsland ist Brandenburg. Die Jugendlichen wandern zu großen Teilen nach Berlin ab, gefolgt von Baden-Württemberg und Bayern. Die Hälfte der Jugendlichen, die aus Sachsen abwandern, zieht es nach Bayern und Baden-Württemberg. Für Sachsen-Anhalt sind vor allem Niedersachsen und Bayern die Bundesländer, wohin Abwanderung stattfindet. Die Jugendlichen aus Mecklenburg-Vorpommern verbleiben im Norden, sie wandern zu großen Teilen nach Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen. Die Thüringer Jugendlichen wandern vor allem nach Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Die Jugendlichen haben eine relativ nachvollziehbare Suchbewegung von den Heimatstädten und der näheren Umgebung ausgehend in die angrenzenden Bundesländer. Erst wenn dort keine Möglichkeiten bestehen, weitet sich der Suchraum auf Gesamtdeutschland aus.

Wenn man davon ausgeht, dass diese Wanderungsbewegungen vor allem von Ost nach West bereits zehn Jahre andauern, auch wenn die Zahlen zwischenzeitlich etwas rückläufig waren, bleibt die Frage, welche Auswirkungen es für die Zukunft der ostdeutschen Wirtschaftsregionen hat, wenn die mobilen Jugendlichen mit guten Bildungsvoraussetzungen abwandern.

Bereits jetzt zeichnen sich vereinzelt ländliche Räume ab, die auszubluten drohen, weil es für die Jugendlichen keinerlei Anreize gibt, dort zu bleiben. Danach hat allein im Jahr 2000 in fast allen Landkreisen der neuen Länder mindestens jeder zehnte Bewohner dieser Altersgruppe den Landkreis durch Fortzug verlassen, in Landkreisen an der Westgrenze Mecklenburgs und der Ostgrenze Brandenburgs war es sogar jeder fünfte bis vierte.

Jugendliche und junge Erwachsene aus Gebieten, die an strukturstärkere Wirtschaftsregionen angrenzen, reagieren mit täglichem Pendeln zum Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Das ist sowohl innerhalb der neuen Länder als auch zwischen neuen und alten Bundesländern zu beobachten. Größere Entfernungen werden durch wochenweises Pendeln überbrückt. Es kommt hinzu, dass Abwanderung wiederum Abwanderung erzeugt, weil Freunde nachziehen, der Niedergang der Region durch anhaltende Abwanderung alltäglich erlebbar ist und somit das Vertrauen in das Entwicklungspotential einer Region schwindet. (vgl. Gericke 2003)

Abbildung 4: Fortzüge über die Kreisgrenzen je 1.000 Einwohner in der Altersgruppe 18 bis unter 30 Jahre im Jahr 2000 in den neuen Bundesländern



Die Karte zeigt, dass es vor allem die nördlichen und östlichen Landkreise betrifft, die in Größenordnungen junge Menschen verlieren. Betrachtet man dies geschlechtsspezifisch, so wird deutlich, dass die Mädchen bzw. jungen Frauen in noch größerem Umfang abwandern, weil ihre Chancen noch geringer sind als die der jungen Männer. So wanderte aus den kreisfreien Städten Greifswald und Hoyerswerda sowie dem Landkreis Nordwestmecklenburg fast jede fünfte junge Frau zwischen 18 und 30 Jahren ab.

Aber auch in den ostdeutschen Großstädten zeigen sich deutliche Schrumpfungstendenzen, die nicht nur mit der Abwanderung Jugendlicher zu tun haben, sondern mit der Wanderungsbewegung der arbeitsfähigen Bevölkerung insgesamt. So verlor z.B. die Stadt Halle zwischen 1990 und 2003 ca. 70.000 Einwohner, ähnliche Zahlen gibt es für Leipzig, Rostock, Schwerin und Magdeburg. Bis auf Potsdam und Dresden gibt es kaum Städte mit nennenswertem Bevölkerungswachstum.

War der Wanderungssaldo der alten gegenüber den neuen Bundesländern im Jahr 1997 schon einmal auf ca. 10 000 Menschen abgesunken, so steigt er seitdem wieder an und ist im letzten Jahr auf 97.000 angestiegen. Das ist der höchste Stand seit 1992. Im Hinblick auf eine ausgewogene Entwicklung von Regionen und die in den nächsten Jahren bzw. Jahrzehnten bereits prognostizierte Fachkräftelücke gibt es enormen Handlungsbedarf in Bezug auf die berufliche Qualifizierung von Jugendlichen.

Viele Jugendliche aus den neuen Bundesländern sind gezwungen, in die alten Bundesländer zu gehen, wenn sie eine betriebliche Ausbildung realisieren wollen. Im letzten Jahr betraf dies rund 11.000 Jugendliche. Nicht alle bleiben nach erfolgter Ausbildung jedoch in den alten Bundesländern. Rund 20 % kehren in die neuen Bundesländer zurück, sei es weil sie von ihrem Ausbildungsbetrieb nicht übernommen wurden oder auch weil die soziale Integration nicht gelang. Die Chancen der Jugendlichen, die in den alten Bundesländern ausgebildet wurden, sind jedoch deutlich besser, denn knapp 70 % von ihnen arbeiten nach der Ausbildung in ihrem erlernten Beruf. Befragt nach den Gründen für die Wahl des Wohnortes dominierte mit 85 % die Nähe zum Lebenspartner/Lebenspartnerin, gefolgt von den Berufschancen in der Region mit 79 % und der Nähe zu Freunden und Bekannten mit 77 %. Man sieht also, dass nicht allein die beruflichen Chancen, sondern auch die sozialen Integrationsindikatoren eine wesentliche Grundlage für Wohnortentscheidungen bilden (vgl. BMBF 2003). Die Befragung des BIBB bei den Auszubildenden zeigt aber auch, dass es in wesentlich höherem Maß die Schülerinnen mit höheren Bildungsabschlüssen sind, die sich entschließen, zu pendeln bzw. den Wohnort zu wechseln, um eine gewünschte Ausbildungsstelle zu erhalten. Zurück bleiben vor allem diejenigen, die schlechtere Bildungsvoraussetzungen haben und geringere Mobilitätsbereitschaft aufweisen.

Selbst wenn der Übergang in betriebliche Ausbildung gelingt, heißt das noch lange nicht, dass diese auch erfolgreich abgeschlossen wird. Durchschnittlich wird jeder vierte neu abgeschlossene Ausbildungsvertrag wieder aufgelöst. Bundesweit haben wir einen Anteil von ca. 14 % Jugendlicher bis 25 Jahre, die keinen Berufsabschluss besitzen, davon haben sich knapp 22 %

erfolglos um einen Ausbildungsplatz beworben, 19 % den angebotenen Ausbildungsplatz abgelehnt, aber 59 % erst gar nicht den Versuch unternommen, sich zu bewerben. Dabei spielte die eigene Einschätzung ihrer schlechten Chancen eine wesentliche Rolle.

Diese Jugendlichen sind es auch, die wir in den Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit finden und in den Modellprogrammen, die wir im Forschungsschwerpunkt "Übergänge in Arbeit" des Deutschen Jugendinstituts wissenschaftlich begleiten bzw. begleitet haben. Aus diesem Grund können wir über die Teilnehmer in solchen Modellprogrammen differenziertere Aussagen machen als bspw. über die Gesamtheit der Jugendlichen, da es bisher keine systematische Untersuchung zu den Übergangsverläufen im Längsschnitt gibt.

Berufliche und soziale Integration benachteiligter Jugendlicher

Es gibt eine ganze Reihe Jugendlicher, die an den Herausforderungen einer Gesellschaft, die auf Pluralisierung, Flexibilisierung und Individualisierung setzt, scheitern, die durch diese Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt überfordert sind und daher im Übergangsfeld häufig sogar mehrfach scheitern und deshalb auf Hilfen angewiesen sind.

Im Folgenden möchte ich besonders auf Ergebnisse aus zwei Untersuchungen eingehen. Die erste, weil wir dort über einen großen Umfang an teilnehmerorientierten Daten verfügen – die wissenschaftliche Begleitung des Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres und die zweite, weil sie aufgrund der qualitativen Herangehensweise gute Einblicke in die individuelle Wahrnehmung von Chancen und Restriktionen in der Einschätzung der Jugendlichen selbst erlaubt: Die Untersuchung "Karrieren jenseits normaler Erwerbsarbeit", die einmal in den alten Bundesländern in drei Städten in Nordrhein-Westfalen² und in den neuen Bundesländern ebenfalls in drei Städten in Sachsen sowie Sachsen-Anhalt durchgeführt wurde (vgl. Reißig in diesem Heft).

Wenn man heute von benachteiligten Jugendlichen spricht, so kann dies in unterschiedlichen Kontexten geschehen. Es kann sich um regionale Benachteiligung handeln, wie sie eben anhand der Arbeitsmarktsituation in Deutschland ausgeführt wurde. Auch Aufwachsen im ländlichen Raum kann Benachteiligung bedeuten. Nachgewiesen sind sozio-demographische Benachteiligungen, die durch die soziale Lage der Eltern ausgelöst werden und sich sowohl in der Wohnlage als auch den Unterstützungspotentialen der Eltern niederschlagen. Dort finden wir auch überproportional häufig eine höhere Dichte unterschiedlicher Problemlagen: Familiäre Konflikte, Arbeitslosigkeit, Gewalt, Sucht- und oder Kriminalitätserfahrungen stellen ungünstige Entwicklungsbedingungen für Jugendliche dar.

² Die Veröffentlichung liegt beim DJI seit Januar diesen Jahres vor: Kraheck, Nicole (2004): Karrieren jenseits normaler Erwerbsarbeit. Arbeitspapier des Forschungsschwerpunktes "Übergänge in Arbeit" 1/2004, DJI München

Benachteiligte sind jedoch in unserer Gesellschaft auch Jugendliche mit Migrationshintergrund, vor allem diejenigen mit schlechteren Schulabschlüssen und mangelhaften Deutschkenntnissen. Benachteiligt sind aber vor allem diejenigen, die Schwierigkeiten mit einer schulischen Ausbildung haben, diese verweigern oder aber aufgrund von Lernbeeinträchtigungen nicht zu verwertbaren Schulabschlüssen gelangen. Dabei geht es nicht nur um eine Gefährdung der beruflichen Integration, sondern ganz wesentlich auch um Tendenzen sozialer Exklusion, denen die Jugendlichen dadurch ausgesetzt sind.

Die Jugendlichen, auf die ich im Folgenden eingehen werde, fallen häufig aus dem Hilfe- und Unterstützungssystem heraus bzw. werden von diesem nicht mehr erreicht. Durch die Teilnehmerbefragungen im FSTJ sind wir in der Lage, die persönlichen Voraussetzungen der Jugendlichen relativ genau zu erfassen und Aussagen darüber zu treffen, in welcher Hinsicht Benachteiligungen bei diesen konstatiert werden können (vgl. auch Förster u.a. 2002).

Das Modellprogramm Freiwilliges Soziales Trainingsjahr wurde 2000 mit 42 Projekten mit ca. 1.000 Jugendlichen begonnen und im Herbst 2002 auf 86 Projekte, die knapp 2.000 Jugendliche betreuen, ausgebaut. Es wendet sich insbesondere an jene benachteiligten Jugendlichen in sozialen Brennpunkten, die in ihrer bisherigen Entwicklung nach Verlassen der allgemein bildenden Schule den Übergang in die berufliche Ausbildung bzw. ins Arbeitsleben nicht erfolgreich bewältigen konnten bzw. wollten, und die auch von anderen Qualifizierungsmaßnahmen nicht mehr erreicht werden. Dabei geht es vor allem darum, Defizite bzw. Hemmnisse auf Seiten der TeilnehmerInnen zu überwinden und entsprechende Fähigkeiten und Fertigkeiten, Orientierungen und Motivationen zu entwickeln, die ihnen eine realistische (berufliche) Perspektive im Gesamtsystem von Ausbildung und Erwerbstätigkeit eröffnen. Dabei sollen Praxiseinsätze in sozialen Einrichtungen, Vereinen, aber auch in Betrieben und im Handwerk der Orientierung dienen, Lernen am Arbeitsplatz ermöglichen und Motivation für weitere Qualifizierungsschritte wecken. Die TeilnehmerInnen werden in so genannten lokalen Qualifizierungsbüros betreut, in denen an den meisten Standorten sowohl Sozialpädagogen als auch Fachanleiter tätig sind. Diese Büros befinden sich gemäß dem Programmziel in Stadtteilen, die im Rahmen der Bund-Länder-Initiative "Soziale Stadt" gefördert werden, um möglichst Synergieeffekte zu erzielen.

Die lokalen Qualifizierungsbüros haben ihren Standort also in Gebieten, die von den Städten selbst als benachteiligt eingestuft werden, womit negative Zuschreibungen durch die Bevölkerung einhergehen.

Dies hat zur Folge, dass sich bestimmte Rahmenbedingungen trotz der Verschiedenheit der Regionen, in denen das FSTJ durchgeführt wird, gleichen und somit regionale Unterschiede, die wir auf Bundesländerebene finden, in diesen kommunalen Kontexten aufgehoben sind. Dennoch möchte ich an einigen Ergebnissen zeigen, dass vor allem zwischen den alten und den neuen Bundesländern Unterschiede hinsichtlich der TeilnehmerInnen und ihrer Voraussetzungen, aber auch ihrer Chancen nach Beendigung des FSTJ bestehen.

Bezogen auf das Geschlecht finden wir kaum nennenswerte Unterschiede: Knapp zwei Drittel der Teilnehmer sind männlich, ein Drittel weiblich. In den neuen Bundesländern ist der Anteil der weiblichen Teilnehmer etwas höher. Deutliche Unterschiede gibt es hinsichtlich des Anteils ausländischer Jugendlicher. Während Jugendliche mit Migrationshintergrund in den neuen Bundesländern nur knapp 2 % ausmachen, sind es in den alten Bundesländern knapp 25 %, wobei einige der Standorte einen Anteil von 50 % erreichen. Das hat Auswirkungen auf die konzeptionelle Arbeit und auf die Qualifizierungsangebote, die den Jugendlichen gemacht werden. Auch hinsichtlich der Bildungsvoraussetzungen, die die TeilnehmerInnen mitbringen, gibt es Unterschiede. Während die Anteile von TeilnehmerInnen ohne Schulabschluss mit ca. 40 % gleich sind, unterscheiden sich neue und alte Bundesländer bei den TeilnehmerInnen mit Hauptschulabschluss und Realschulabschluss recht deutlich. Während in den neuen Bundesländern der Anteil der Hauptschulabsolventen mit 24 % deutlich geringer ist, liegt der Anteil an Realschulabsolventen und Jugendlichen mit anderen Schulabschlüssen höher als in den alten Bundesländern. Damit haben die TeilnehmerInnen in den neuen Bundesländern zwar formal bessere Bildungsvoraussetzungen, konterkariert werden diese jedoch durch die Abbrucherfahrungen von Berufsausbildungen bzw. berufsvorbereitenden Maßnahmen, die die Jugendlichen bereits gemacht haben. Mehr als die Hälfte aller TeilnehmerInnen aus den neuen Bundesländern hat bereits ein- oder mehrmals eine Berufsausbildung begonnen, in den alten Bundesländern waren dies ca. ein Viertel. Bei den berufsvorbereitenden Maßnahmen sind die Anteile nicht ganz so verschieden. Während mehr als die Hälfte der Teilnehmer in den neuen Bundesländern bereits ein- oder mehrmals solche Maßnahmen begonnen haben, sind es in den alten Bundesländern etwas mehr als 40 %. Solche Abbrucherfahrungen, vor allem, wenn sie mehrfach gemacht werden, führen zu erheblichen Frustrationen und Motivationsverlusten. Hinzu kommt in vielen Fällen ein schwieriger familiärer Hintergrund, insbesondere weil nur ein geringes Unterstützungspotential für die Jugendlichen beim Übergang in Ausbildung bzw. Arbeit vorhanden ist.

Befragt nach unterschiedlichen Problemlagen, mit denen Jugendliche konfrontiert sind, wurde deutlich, dass die Belastungen durchaus unterschiedlich ausgeprägt sind. Im Folgenden habe ich einige Indikatoren ausgewählt, wo die Belastungen entweder besonders hoch sind bzw. sich Unterschiede zwischen alten und den neuen Bundesländern zeigen.

Tabelle 1: Belastungen der TeilnehmerInnen nach Region (Ost/West)

Ein- und mehrfach	Ostdeutschland	Westdeutschland
Wusste nicht, was später werden soll	55 %	54 %
Finanzielle Probleme	53 %	46 %
Ärger mit Polizei und Gericht	50 %	46 %
Beträchtliche Schulden	37 %	27 %
Probleme mit Ämtern	33 %	28 %
Ernsthafte gesundheitliche Probleme	32 %	29 %
Gedanken mit dem Leben Schluss zu machen	31 %	26 %
Probleme mit Drogen	25 %	21 %
Probleme mit Alkohol	15 %	10 %

Zu sehen ist, dass in allen Problemlagen die Anteile bei den ostdeutschen TeilnehmerInnen höher sind, dabei sind die Unterschiede mehr oder weniger gravierend. Vor allem mit finanziellen Problemen und beträchtlichen Schulden haben die TeilnehmerInnen in den neuen Bundesländern mehr zu kämpfen als in den alten. Auch den Gedanken mit dem Leben Schluss zu machen, nennen die ostdeutschen Jugendlichen häufiger als die westdeutschen.

Die Übersicht zeigt aber auch, wie viele der Teilnehmer mit belastenden Problemlagen konfrontiert sind. Und meist ist es nicht nur einer, sondern es sind mehrere überlagernde Probleme, denen sich die Jugendlichen stellen müssen. Mit diesen schwierigen Konstellationen kommen die TeilnehmerInnen in das Freiwillige Soziale Trainingsjahr, und an diesen Problemlagen wird auch zuerst in der Arbeit mit ihnen angesetzt.

Seit Beginn des Modellprogramms sind mehr als drei Jahre vergangen und der Verbleib der bisher aus dem FSTJ ausgeschiedenen TeilnehmerInnen wird in folgender Übersicht dargestellt.

Tabelle 2: Verbleib der TeilnehmerInnen des FSTJ nach der Maßnahme

	gesamt	Neue BL	Alte BL
Anschluss			
Betriebliche Ausbildung	9,4 %	7,7 %	10,6 %
Außerbetriebliche Ausbildung	10,4 %	16,0 %	6,6 %
Schulische Qualifizierung	7,0 %	4,8 %	8,6 %
Berufsvorbereitende Maßnahme	8,0 %	7,4 %	8,8 %
Erwerbstätigkeit	10,0 %	6,0 %	13,1 %
Wehrdienst / Zivildienst	1,4 %	1,2 %	1,5 %
Erziehungszeit	2,0 %	3,7 %	1,0 %
Erwerbslosigkeit	22,0 %	27,2 %	18,2 %
Noch unklar	11,0 %	6,3 %	14,8 %
Unbekannt / Sonstiges / lehnt ab	18,0 %	19,8 %	16,8 %

Wenn man die Anschlüsse betrachtet, wird deutlich, dass die Arbeitsmarktlage sich dort auch widerspiegelt. 20 % der TeilnehmerInnen nehmen nach Beendigung des FSTJ eine Berufsausbildung auf, dabei dominiert in den alten Bundesländern die betriebliche Ausbildung, während in den neuen Bundesländern der Schwerpunkt auf der überbetrieblichen Ausbildung liegt. 10 % aller Jugendlichen gehen in eine Erwerbstätigkeit über. In den neuen Bundesländern sind es lediglich 6 %. Während in den alten Bundesländern 13 % der Jugendlichen den Übergang in Erwerbstätigkeit schaffen.

Noch deutlicher sind die Differenzen bei den mißlungenen Anschlüssen, vor allem der Erwerbslosigkeit, das betrifft mehr als ein Viertel der ostdeutschen und 18 % der westdeutschen Teilnehmer.

Übergänge in schulische Qualifizierungen und berufsvorbereitende Maßnahmen werden in etwas stärkerem Maß in den alten Bundesländern realisiert, was auch mit den Bildungsvoraussetzungen beim Eintritt ins FSTJ zusammenhängt. In der Gesamtbilanz sind die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern nicht so gravierend, da in beiden Teilen etwa die Hälfte der TeilnehmerInnen einen Anschluss erhält, der für die berufliche Integration Perspektiven bietet.

Die Jugendlichen wurden kurz vor dem Ausscheiden danach gefragt, ob sich ihrer Einschätzung nach durch das FSTJ ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert haben. Knapp 46 % der ostdeutschen und 42 % der westdeutschen Teilnehmer gaben an, dass sich ihre Chancen wesentlich verbessert hätten, weitere 37 % in den neuen Ländern und 42 % in den alten Bundesländern meinen, dass sie sich ein wenig verbessert hätten, und lediglich 16 % geben keine Verbesserung an. Die Zahlen weisen in Bezug auf diese Einschätzung also keine signifikanten Unterschiede zwischen Ost und West aus.

Geht es um eine Bewertung der Wirksamkeit des FSTJ, so sind neben der Verbleibsstatistik über die ausscheidenden TeilnehmerInnen weitere Ergebnisse der Arbeit mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen einzubeziehen. Denn bei vielen von ihnen geht es neben der Bearbeitung akuter Probleme oft zunächst darum, Schwierigkeiten bei der Gestaltung eines geregelten Tagesablaufs zu überwinden sowie ein (Wieder)Erlernen so genannter Arbeitstugenden zu ermöglichen. Hervorzuheben sind insbesondere Jugendliche, die zwar aufgrund ihrer bisherigen Ausbildungs- und Berufsbiographie und ihres Sozialverhaltens bei den Arbeitsagenturen eher als "ausgefördert" oder "nicht mehr förderfähig" galten, bei denen es im FSTJ aber gelang, eine für sie akzeptable berufliche Perspektive zu entwickeln.

Zwei Ergebnisse zeigen, dass für eine erfolgreiche Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen nicht allein die Vermittlung fachtheoretischer und berufspraktischer Erfahrungen notwendig ist, sondern ein hohes Maß an sozialpädagogischer Kompetenz, um an den Problemen anzusetzen, die für den einzelnen Jugendlichen vordringlich sind. Ein Blick auf die Einschätzung der Jugendlichen zu Veränderungen ihrer Problemlagen während des FSTJ zeigt, dass knapp die Hälfte aller TeilnehmerInnen angeben, dass die Belastung durch persönliche Probleme viel geringer bzw. geringer geworden ist, weitere 42 % geben keine Veränderungen an und lediglich 11 % stellen eine Verschlechterung ihrer Problemlagen fest. Dabei gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Bei der Bearbeitung der Probleme in den Qualifizierungsbüros spielen die regionalen Unterschiede keine Rolle. 63 % der TeilnehmerInnen in den neuen Bundesländern geben an, dass ihre Probleme vollkommen bzw. zum großen Teil gelöst wurden, in den alten Bundesländern sind dies mit 57 % nicht viel weniger. In vielen Fällen dauern die Bemühungen um Problemlösungen auch an (wie z.B. beim Abtragen von Schulden), weshalb knapp ein Viertel der Ostdeutschen angibt, in Ansätzen ihre Probleme bewältigt zu haben, in den alten Bundesländern sind dies

30 %. Lediglich 13 % der Jugendlichen sind bei der Problembewältigung nicht vorangekommen. Dabei handelt es sich in hohem Maß um diejenigen, die nur kurze Zeit im FSTJ waren und meist aufgrund von Kündigungen ausgeschieden sind, so dass konstruktive Lösungen nicht gefunden werden konnten.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass dort, wo die Arbeit unabhängig von Wirtschafts- oder Infrastrukturen vor allem im sozialpädagogischen Bereich geleistet wird, kaum Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern auftreten.

Für die berufliche und damit einhergehend die soziale Integration der Jugendlichen zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit für einen positiven Anschluss an das FSTJ steigt, je höher die Schulabschlüsse, je umfangreicher die Vorqualifikationen und je geringer die Abbrucherfahrungen der Jugendlichen sind. Gerade im Hinblick auf die Wirkung des Schulabschlusses decken sich unsere Ergebnisse mit anderen im Bereich der Übergangsforschung.

Abschließend möchte ich auf einige Ergebnisse des Projektes "Karrieren jenseits ‚normaler‘ Erwerbsarbeit" eingehen, in dem anhand qualitativer Interviews mit Jugendlichen, die sich außerhalb von Maßnahmen und am Rande legaler Erwerbsarbeit befinden, untersucht werden sollte, wie sich solche Karrieren entwickeln und verfestigen.

In beiden Untersuchungen (in den alten wie in den neuen Ländern) zeigte sich, dass die Situation in den Herkunftsfamilien das Unterstützungspotential bei der beruflichen Integration bestimmt. Dabei finden wir Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern. Während es in der Untersuchung in den alten Bundesländern eine ganze Reihe Jugendlicher gab, die mit dem Handicap der "ererbten Sozialhilfeabhängigkeit" aufwuchsen, finden wir diese im Osten bisher eher selten. Dies wird jedoch nur eine Frage der Zeit sein, bis Sozialhilfekarrieren auch in den neuen Bundesländern nachvollziehbar sind.

Festzustellen ist in beiden Untersuchungen, dass es zunächst bei den Jugendlichen die Orientierung an der Normalbiographie, d.h. die Suche nach einem Ausbildungsplatz gab, die aber nur für einen Teil (nämlich für die mit den höheren Bildungsabschlüssen) erfolgreich war. In vielen Fällen begann die berufliche Entwicklung mit der Einmündung in eine berufsvorbereitende Maßnahme. Die Erfahrungen in diesen Maßnahmen sind dabei in Ost wie West gleich schwierig. Ziel des Maßnahmebesuches für die Jugendlichen war in allen Fällen einen Anschluss in Form eines Ausbildungsplatzes zu erhalten, und darin liegt meist die größte Enttäuschung. Sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Sachsen und Sachsen-Anhalt wurde deutlich, dass die interviewten Jugendlichen an Maßnahmen teilnahmen, deren konzeptionelle Ausrichtung vorsah, dass die TeilnehmerInnen mittels Betriebspraktikum in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis vermittelt werden sollten und dabei ein Fiasko erlebten. Sie wurden trotz vielfach erfolgreichem Praktikum nicht übernommen. Nachvollziehbar ist, dass die Jugendlichen dann abbrechen und nicht mehr bereit sind, sich auf andere Maßnahmen einzulassen. Häufig zeigt sich jedoch, dass die Jugendlichen keiner langfristig angelegten beruflichen Integrationsstrategie folgen, sondern z. T. auch das "schnelle Geld" der langwierigen Ausbildung vorziehen. Die Bemühungen um eine Ausbildung sind auch einer Altersgrenze unterworfen und enden meist Mitte 20, dann steht der mögliche Eintritt in Erwerbsarbeit im Vordergrund.

Aber auch für Jugendliche mit Berufsabschluss gibt es an der zweiten Schwelle vor allem in den neuen Bundesländern erhebliche Hürden. Vor allem wenn sie wenig Mobilität und Flexibilität zeigen oder aus familiären Gründen zeigen können, kommt es hier nicht selten zum Abbruch der nor-

malen Erwerbsbiographie. In den 90er Jahren wurde dabei viel mit Hilfe von ABM aufgefangen, weshalb viele der Jugendlichen mit Berufsabschluss in den neuen Bundesländern ABM-Erfahrungen haben und damit ihre Nichterwerbstätigkeit phasenweise unterbrechen konnten. Dies sind auch diejenigen Personen, die an einer Orientierung an regulärer und dauerhafter Erwerbstätigkeit festhalten.

Deutlich wird, dass die Arbeitserfahrungen der jungen Frauen und Männer sehr vielfältig und differenziert sind. Sie sind aber auch sehr störanfällig. Sobald die Erwartungen an die Tätigkeit nicht erfüllt werden, die Arbeitsbedingungen nicht zufriedenstellend sind, wird das Arbeitsverhältnis beendet. Oft werden vor allem im Osten die ersten Arbeitserfahrungen auch in Zeitarbeitsfirmen gesammelt, die nach den Aussagen der Jugendlichen eher zur Demotivation beitragen, weil Übernahmen in "echte Firmen" nie erfolgten und die Entlohnung noch dazu sehr niedrig ist. Dennoch ziehen viele sowohl in Ost wie West Arbeit unter schlechten Bedingungen einer staatlichen Alimentierung vor.

Dem gegenüber stehen für eine Reihe Jugendlicher zahlreiche "halblegale" Hilfstätigkeiten und Schwarzarbeit, die zu einer schnellen und lukrativen Art der Geldbeschaffung dienen und auf lange Sicht den Wunsch nach einer langfristigen und stabilen Erwerbsarbeit verdrängen. Das Milieu und der Freundeskreis spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle: Hier entstehen die Ideen, hier finden sie Unterstützung und Hilfe.

Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit werden von jungen Frauen und Männern unterschiedlich gelebt: Während für Männer Außenkontakte eine wichtige Rolle spielen und somit die Gefahr der vollständigen Exklusion nicht ganz so hoch ist, tritt für junge Frauen neben die Nichterwerbstätigkeit die Hausarbeit und die Kindererziehung. Für sie ist die Gefahr der sozialen Isolation wesentlich höher und aufgrund der Kinderbetreuung sind die Mobilität sowie die Möglichkeiten von Schwarzarbeit eingeschränkter, was sich darin äußert, dass Frauen häufiger auf staatliche Hilfen angewiesen sind.

Die Rückführung in den Arbeitsprozess kann aber durch das Milieu und den sozialen Nahraum erschwert werden. Die Untersuchungen fanden in so genannten sozialen Brennpunkten der Städte statt, und es wurde sowohl in den alten als auch neuen Bundesländern sichtbar, dass die Jugendlichen ihre Stadtteile sehr differenziert beurteilen. Einerseits kritisieren sie erhöhtes Kriminalitäts- und Drogenaufkommen, schlechte Infrastruktur, Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, auf der anderen Seite sind sie mit diesem Stadtteil verwachsen, hier befinden sich ihre sozialen Netzwerke, die sie nicht aufgeben wollen. Ausgrenzungstendenzen im Hinblick auf Partizipation werden stärker von außen thematisiert als von den Jugendlichen selbst wahrgenommen, da sie sich häufig auch über die Stadtteilgrenzen hinweg kaum bewegen.

Die Verlaufstypen, die in beiden Untersuchungen nahezu identisch gefunden wurden, lassen sich kurz charakterisieren:

1. Die "Emsig Bemühten", also diejenigen, die trotz teilweise erfolgreichem Berufsabschluss den Übergang in eine stabile Erwerbstätigkeit nicht geschafft haben, längere Phasen der Arbeitslosigkeit überbrücken und immer wieder den Einstieg in die normale Erwerbswelt versuchen.
2. Die "Demotivierten", die meist ohne Schulabschluss die Hoffnung auf eine Berufsausbildung frühzeitig begraben haben, sehr an den Ämtern orientiert sind und sich über Transferleistungen des Staates finanzieren. Bei diesen Jugendlichen ist im Unterschied zum ersten Typ wenig Eigeninitiative und Flexibilität zu konstatieren.
3. Die "Macher", die ob mit oder ohne Schulabschluss auf Eigeninitiative setzen, mit relativ wenig Unterstützung durch Ämter auskommen bzw. diese ganz gezielt für Weiterbildung nutzen, um ihre Perspektiven zu verbessern. Bei ihnen wechseln Phasen der Arbeitstätigkeit in unterschiedlichen Kontexten (von der Schwarzarbeit bis hin zu halblegalen Geschäften) mit Phasen der Arbeitslosigkeit, die sie zur Neuorientierung nutzen.

Allen drei Typen gelingt jedoch nur in Ausnahmen eine dauerhafte berufliche und somit auch soziale Integration, da sie aufgrund ihrer komplexen Problemlagen nur unzureichend auf die Anforderungen der Arbeits- und Lebenswelt vorbereitet sind. Sie durchliefen meist zu viele und zu wenig hilfreiche Maßnahmen ohne Strategie und erhielten wenig passgenaue Unterstützungsangebote.

Diese Karrieren sind wesentlich häufiger in Stadtgebieten zu finden, die aufgrund verschiedener kommunaler Entwicklungen zu sozialen Brennpunkten wurden, sie finden sich jedoch in fast allen Großstädten in Deutschland und von daher besteht ein großer Handlungsbedarf, vor allem in diesen Gebieten die Chancen von Kindern und Jugendlichen zur sozialen Integration zu verbessern und Ausgrenzungsrisiken zu verringern.

Literatur

Bundesanstalt für Arbeit 2003: Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Monatsbericht 9/2003. Nürnberg

Bundesministerium für Bildung und Forschung 2003: Berufsbildungsbericht 2003

Förster, H.; Kuhnke, R.; Mittag, H.; Reißig, B. (2002): Das Freiwillige Soziale Trainingsjahr – Bilanz des ersten Jahres. Arbeitspapier aus dem Forschungsschwerpunkt "Übergänge in Arbeit" 1/2002. München

Gericke, T. 2003: Antrag für die wissenschaftliche Begleitung der Bundesinitiative "Wir...hier und jetzt". DJI 2003

Birgit Reißig

Karrieren am Rande normaler Erwerbsarbeit. Ausbildungs- und Erwerbsverläufe junger Erwachsener in den neuen Bundesländern

Einleitung

Die Übergangsverläufe Jugendlicher und junger Erwachsener von der Schule in Ausbildung und Beruf gestalten sich seit einigen Jahren immer weniger linear. Warteschleifen, Brüche, Um- und Neuorientierungen sind mehr zur Regel als zur Ausnahme geworden (Braun/ Lex/ Rademacker 2001). Für eine Reihe von jungen Frauen und Männern kann dies die Chance darstellen, sich in diesen Auszeiten in verschiedenen Feldern auszuprobieren, Erfahrungen zu sammeln sowie die eigenen Fähigkeiten zu vervollkommen. Die gestiegene Bereitschaft und Möglichkeit zur Mobilität ist für diese jungen Frauen und Männer unbestritten ein Vorteil.

Eine nicht geringe Anzahl Jugendlicher allerdings ist aufgrund des Schwindens direkter Anschlussmöglichkeiten beim Übergang von Schule in den Beruf immer stärker von beruflicher und sozialer Desintegration bedroht. Für sie kann das zu einem Weg in ein dauerhaftes Abseits werden. Das (notwendige) Abweichen von der gesellschaftlich immer noch als Grundlage für den Lebensverlauf gesehenen Normalbiographie ist demnach insbesondere für benachteiligte Jugendliche mit einem hohen Risiko zur Ausgrenzung behaftet (Walther 2002). Neben individuellen Benachteiligungen wie Lernschwächen oder psychischen Voraussetzungen meint Benachteiligung vor allem soziale und zugeschriebene Benachteiligungen wie Geschlecht, ein familiärer Migrationshintergrund oder eine Region bzw. ein Quartier, in dem junge Menschen von vornherein mit schlechteren Startchancen behaftet sind. Diese regionalen Benachteiligungen treffen in besonderer Weise auf die neuen Bundesländer mit ihrer geringen Anzahl an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu. Wurde der Mangel an Ausbildungsplätzen in den neuen Bundesländern über das breitflächige Angebot an überbetrieblichen Ausbildungsangeboten versucht zu egalisieren, kann der Stau an der zweiten Schwelle nicht mehr aufgefangen werden (Lutz 2001). Das widerspiegelt sich in den hohen Arbeitslosenzahlen für die unter 25-Jährigen. Die Anzahl der Arbeitslosen in der Gruppe der bis 25-Jährigen ist von 2001 auf 2002 nochmals von 176.500 auf 189.900 angestiegen. Im Jahr 2003 war zwar ein Rückgang zu verzeichnen, der jedoch nur unwesentlich ausfiel (187.700). Auch hier erweist sich die Gruppe benachteiligter Jugendlicher und junger Erwachsener ohne Schulabschluss oder mit schlechtem Schulabschluss sowie ohne Berufsausbildung als besonders gefährdet, da gerade in den Berufen für An- und Ungelernte ein steigender Stellenabbau zu verzeichnen ist. Die Forschung zu Ausbildungs- und Erwerbsverläufen benachteiligter Jugendlicher und junger Erwachsener konnte bisher eine Reihe von Erkenntnissen darüber generieren, wie sie in bestimmten Maßnahmen der Berufsvorbereitung agieren und von Sozialpädagogen, Psychologen, Anlei-

tern und weiterem Fachpersonal betreut werden (vgl. Skrobanek 2003, Förster/ Kunhke/ Mittag/ Reißig, 2003, Gericke/ Lex/ Schaub/ Schreiber-Kittl/ Schröpfer (Hrsg.) 2002, Braun et al. 2001, Lex 1997; Schreier 2004). Aus diesen Untersuchungen ist gleichfalls bekannt, dass Jugendliche die Maßnahmen wiederholt abbrechen oder dass sie nach durchlaufenen Maßnahmen keine oder nur kurzfristige Anschlüsse finden. Das erklärte Ziel der beruflichen und sozialen Integration wird so nicht selten verfehlt, zum Teil gar in sein Gegenteil verkehrt. So haben es Jugendliche und junge Erwachsene, die aufgrund häufiger Abbrüche von Angeboten so genannte Maßnahmekarrieren aufweisen, deutlich schwerer auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, da sie von den zuständigen Ämtern und Agenturen als "ausgefördert" angesehen werden. Für diese jungen Frauen und Männer muss eine immer deutlichere Bedrohung von sozialer Ausgrenzung konstatiert werden.

Betrachtet man sich das Konzept der sozialen Exklusion (so wie es in Deutschland von Kronauer vertreten wird), lassen sich zwei grundlegende Aspekte ausmachen, an denen soziale Exklusion sichtbar wird. Das ist zum einen der Aspekt der Interdependenz, zum anderen der der Partizipation. Interdependenz meint dabei die Marginalisierung (bis zum Ausschluss) vom Arbeitsmarkt/ Erwerbsarbeit sowie eine Einschränkung sozialer Beziehungen (bis zur sozialen Isolation). Mit Partizipation, dem zweiten Punkt, an dem sich soziale Exklusion verankern lässt, ist der Ausschluss von Teilhabemöglichkeiten an gesellschaftlich anerkannten Lebenschancen und Lebensstandards gemeint (Kronauer 2002, Kronauer 1999). Exklusion kann demnach nur dann zu einem Thema werden, wenn in einer Gesellschaft bestimmte Standards der Teilhabe als normal gelten.

Exklusion ist jeweils zugleich Zustand und Prozess, also einerseits eine aktuell feststellbare, andererseits jedoch keine festgeschriebene und unumkehrbare Tatsache. Es wird somit deutlich, dass benachteiligte junge Frauen und Männer, die vom Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind und es bleiben, tatsächlich Gefahr laufen, exkludiert zu werden bzw. sich in einer Zone der Gefährdung zur sozialen Exklusion zu befinden (Castel 2000).

Die im Folgenden vorzustellende Untersuchung befasst sich mit Fragen der Ausbildungs- und Erwerbsverläufe benachteiligter junger Frauen und Männer, die aufgrund der Marginalisierung am Arbeitsmarkt von sozialer Exklusion bedroht sind (bzw. andere Aspekte von sozialem Ausschluss zur Exklusion von Erwerbsarbeit geführt haben). Es werden Biographien von jungen Erwachsenen betrachtet, die Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung (wiederholt) abgebrochen haben, die z. T. der Agentur für Arbeit nicht bekannt sind, die, wenn überhaupt, nur Erfahrungen mit prekären Beschäftigungsverhältnissen gemacht haben. Welche Strategien der Bewältigung setzen diese jungen Erwachsenen ein, die durch das Raster der Normalbiographie fallen? Wird von den hier betrachteten jungen Frauen und Männern Mobilität als eine mögliche Strategie gesehen, Exklusion bzw. die Gefahr des sozialen Ausschlusses zu verhindern oder umzukehren?

Untersuchungsdesign

Die Studie ist als qualitatives Panel angelegt. Es werden Interviews zu insgesamt drei Messzeitpunkten durchgeführt. Die beiden ersten Untersuchungswellen sind bereits abgeschlossen.

In der ersten Welle, die von Februar bis August 2002 stattfand, wurden 35 narrative, biographisch orientierte Interviews realisiert. Jeweils sechs bis acht Monate nach der ersten Erhebung wurden 22 junge Erwachsene mittels eines leitfadengestützten Interviews ein zweites Mal befragt. Die dritte Welle wird ebenfalls mithilfe eines Leitfadeninterviews realisiert. Der Zeitraum der Untersuchung erstreckt sich über drei Jahre. Es wurden weitaus mehr junge Männer in das Sample aufgenommen (von den 35 Befragten der ersten Welle waren 28 männlich, von 22 Befragten der zweiten Welle waren es 17). Das liegt zum einen daran, dass über die gewählten Zugänge (u. a. Freizeiteinrichtungen, Streetwork) mehr junge Männer erreicht wurden, zum anderen, dass die dort anzutreffenden jungen Frauen häufiger in Ausbildung oder Arbeit waren. Junge Frauen zu erreichen, die sich eher jenseits öffentlicher Räume aufhalten, die zu einer "versteckten" Gruppe zählen, gelang vorzugsweise über das "Schneeballprinzip" bereits ins Sample aufgenommener Probanden. Die jungen Erwachsenen waren zum Zeitpunkt des ersten Interviews zwischen 17 und 30 Jahre alt, wobei der Großteil Anfang 20 war. Die Untersuchung wurde an drei Standorten in den neuen Bundesländern durchgeführt (vgl. dazu die Paralleluntersuchung in Nordrhein Westfalen, Krahek 2004, Krahek 2001). Einbezogen waren Chemnitz Kaßberg und Zentrum, der Leipziger Osten sowie Wolfen-Nord. Bei allen drei Gebieten handelt es sich um so genannte soziale Brennpunkte, die in das Programm "Soziale Stadt" integriert sind.

Die im folgenden vorgestellten Ergebnisse gehen auf die Interviewauswertungen der ersten beiden Wellen ein.

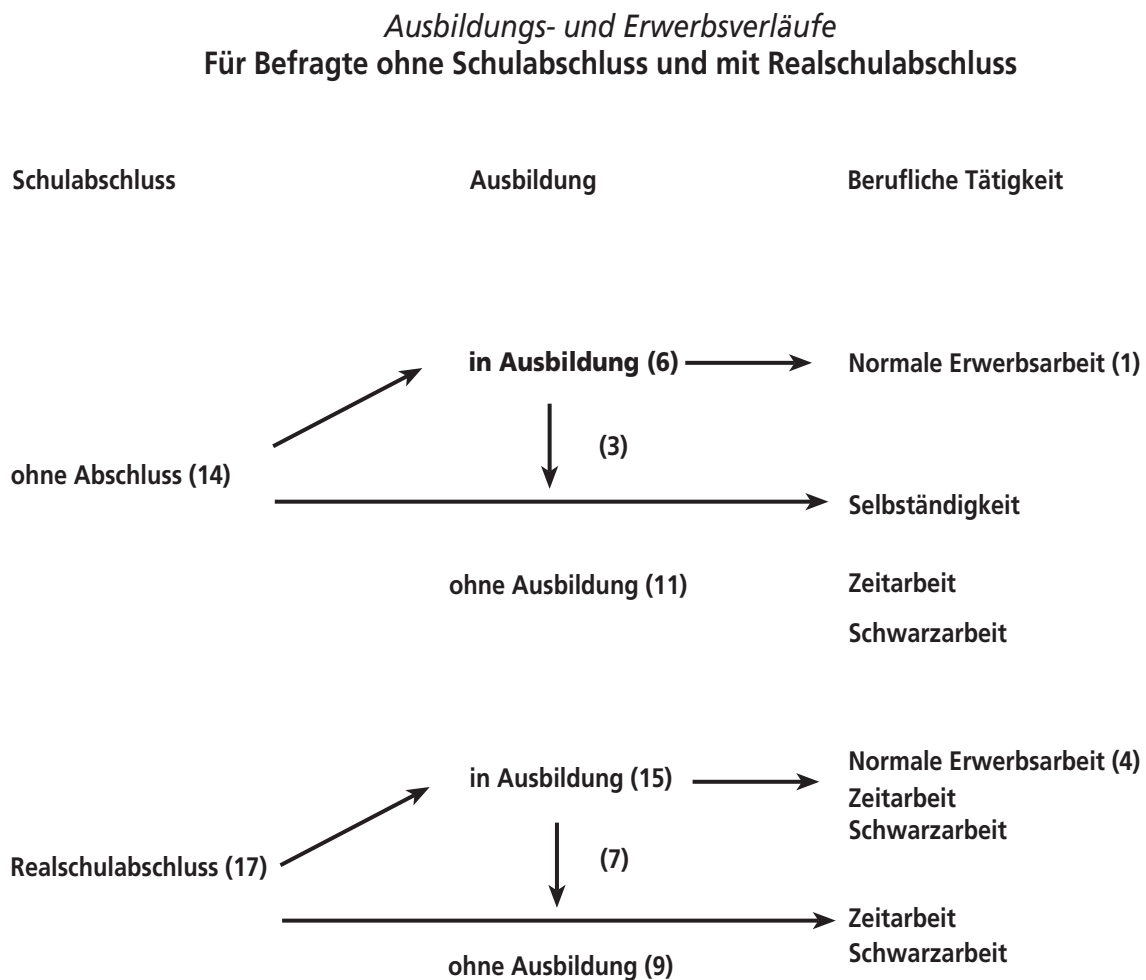
Ergebnisse

Ausbildungs- und Erwerbsverläufe

In einem ersten Schritt der Vorstellung der Ergebnisse sollen die Ausbildungs- und Erwerbsverläufe der befragten jungen Frauen und Männer nachgezeichnet werden, wie sie sich bis zum ersten Interview im Sample finden ließen. Damit soll auf rein formalem Weg verdeutlicht werden, an welchen Punkten in diesen Verläufen Schwierigkeiten für die Befragten auftraten.

Als Ausgangspunkt der Verlaufsbeobachtung dient der Austritt aus der Schule. Im Sample fanden sich von keinem Schulabschluss bis zum Abitur alle Möglichkeiten, die Schule zu beenden. Es kristallisierten sich jedoch zwei Hauptgruppen von Schulabschlüssen heraus: Diejenigen, die ohne Abschluss die Schule verließen und diejenigen, die sie mit einem Realschulabschluss beendeten. Für diese beiden Hauptgruppen zeigt die Abbildung 1 die Ausbildungs- und Erwerbsverläufe auf.

Abbildung 1: Ausbildungs- und Erwerbsverläufe



(in Klammer: Anzahl der Befragten)

Betrachten wir zunächst die Verläufe für diejenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben. Sechs junge Frauen und Männer begannen auch ohne einen Schulabschluss eine Ausbildung (sowohl betrieblich als auch überbetrieblich). Drei von ihnen brachen diese Ausbildung jedoch wieder ab, so dass insgesamt elf Befragte versuchten ohne Schulabschluss und ohne Ausbildungsabschluss auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das gestaltete sich sehr kompliziert. Diese jungen Erwachsenen berichteten lediglich von Erfahrungen mit Zeit- bzw. Schwarzarbeit oder dem (gescheiterten) Versuch der Selbständigkeit. Kurzzeitige Erfahrungen mit normaler Erwerbsarbeit hatte nur eine junge Frau, die ihre Ausbildung abgeschlossen hatte. Für die 17 Befragten, die mit einem Realschulabschluss die Schule verließen, wird folgendes Bild sichtbar. Fast alle jungen Frauen und Männer mit einem Realschulabschluss begannen eine Ausbildung (auch hier wieder zusammengefasst betrieblich und überbetrieblich). Knapp die Hälfte jedoch brach diese Ausbildung vor der Beendigung wieder ab. Ähnlich der Gruppe, die ohne Ausbildung und Schulabschluss auf den Arbeitsmarkt drängte, berichteten auch hier diejenigen, die zwar mit Schulabschluss aber ohne abgeschlossene Berufsausbildung in dauerhafte Arbeitsverhältnisse kommen

wollten, lediglich von Zeit- und Schwarzarbeit. Aber auch nur vier der acht Befragten, die ihre Ausbildung beendeten, gelangten kurzzeitig in ein Normalarbeitsverhältnis.

Es wird bei der Betrachtung des skelettartig dargestellten Ausbildungs- und Erwerbsverlaufs deutlich, dass zwar ein Schulabschluss den Zugang zu einem Ausbildungsplatz erleichtert, eine abgeschlossene Berufsausbildung aber keineswegs den (langfristigen) Zugang zu normaler Erwerbsarbeit sichert. Allerdings wiesen nur junge Erwachsene mit einem Ausbildungsabschluss überhaupt Erfahrungen mit normaler Erwerbsarbeit auf.

Die hier berichteten recht hohen Ausbildungsabbrüche (z. T. auch auf Initiative der Ausbildungseinrichtung) zeugen in den meisten Fällen von vorhandenen Unsicherheiten bezüglich der gewählten Berufsrichtungen. Viele hatten vor dem Verlassen der Schule entweder keine Vorstellungen, welche Richtung sie beruflich einschlagen sollten oder ihre Vorstellungen waren, gemessen an ihren Voraussetzungen unrealistisch. So wollte ein großer Teil der jungen Männer – auch ohne einen Schulabschluss - KfZ-Mechaniker werden.

Die Darstellung in der Abbildung 1 suggeriert recht geradlinige Übergänge. Schaut man jedoch die Erzählungen der jungen Erwachsenen in den Interviews an, wird deutlich, dass sie häufig eine Reihe von Wartezeiten und Brüchen in ihren Ausbildungs- und Erwerbswegen aufweisen. Zum Teil haben die Befragten die Zeit in berufsvorbereitenden Maßnahmen überbrückt.

*Patricia*³: "Dann hatte ich noch ein BVJ gemacht, weil ich keine Ausbildung hatte und eh nicht noch ein Jahr länger auf der Straße hängen und auf die schiefe Bahn geraten wollte. Hat auch was gebracht."

Ein großer Teil hat Zeiten der Arbeitslosigkeit kurzzeitig durch die Teilnahme an ABM unterbrechen können. Wobei diese einmal recht pragmatisch genutzt wurden, um ein bisschen Geld zu verdienen, ein anderes Mal wurde es als Maßnahme betrachtet, die für den Betroffenen keine Vorteile bringt.

*Mike*³: "... dann hatte ich eine ABM gekriegt, das war so 'ne Teil-ABM. Hab ich ein halbes Jahr gemacht, um Geld zu verdienen, dass ich umziehen kann."

*Olaf*³: "Dann kam noch ein halbes Jahr ABM mit dazu. Grünflächenamt, Bäume putzen und so ein Kack. Da war ich drei Tage, dann habe ich auf Krankenschein gemacht."

Nachdem vorstehend überblicksartig die von den Befragten erzählten bisherigen Ausbildungs- und Erwerbsverläufe dargestellt wurden, soll es im Folgenden konkret um die Ausrichtung bzw. die Abkehr der jungen Erwachsenen vom normalbiographischen Lebensverlauf gehen. Des Weiteren wird auf die jeweiligen Copingstrategien eingegangen, auf die sie dabei zurückgreifen.

³ Alle Namen wurden geändert.

Bewältigung von nicht linearen Ausbildungs- und Erwerbsverläufen

In den biographisch orientierten Interviews der ersten Welle wurde augenfällig, dass bei den jungen Frauen und Männern eine starke Orientierung am normalbiographischen Lebensverlaufmodell vorherrscht. Alle Befragten hatten die Vorstellung, nach dem Verlassen der Schule einen Beruf zu erlernen und versuchten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Das galt völlig unabhängig von den eigenen Voraussetzungen, die die Einzelnen mitbrachten. So bemühten sich vom Schulabgänger der sechsten Jahrgangsstufe über den Drogenabhängigen bis hin zum Schwerstkriminellen alle um einen Ausbildungsplatz. An den Erhalt eines Ausbildungsplatzes und an die abgeschlossene Berufsausbildung wurden hohe Erwartungen geknüpft. Ein einmal erlernter Beruf soll den Einstieg in ein dauerhaftes, lebenslanges Vollzeitverwerbsverhältnis sichern. Dafür nahmen einige Befragte auch in Kauf, dass sie – oft eher zufällig – eine beliebige Ausbildung begannen.

Richard³: "...Ich habe ja nun auch keine Lust, mein Leben lang ohne Ausbildung rumzurennen. ... Man möchte doch mal ein geregeltes Einkommen und geregelte Arbeitszeiten haben. Einen festen Job haben und nicht nur so Sachen nebenbei."

Michael³: "Ich sag mal, teils ist es so, dass du wirklich bloß durchziehst (die Ausbildung), damit du einen festen Job in der Tasche hast. Aber teils ist es auch so, dass du dann denkst, irgendwie geht dir der Job auf den Geist. Weil, es war nicht das, was ich mir erhofft hatte."

Ein Großteil der Befragten musste allerdings feststellen, dass sie keinen Erfolg bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz hatten. Ein anderer Teil war aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage, die Ausbildung auch zu beenden. Hier werden im weiteren biographischen Verlauf bereits Tendenzen sichtbar, sich vom ursprünglich favorisierten Lebensverlaufmodell – unbedingt in eine Ausbildung zu gelangen – mehr und mehr zu verabschieden. Als Begründung für die zunehmende Abkehr vom Ziel, einen Beruf zu erlernen, werden zum einen Altersgründe angeführt. Dabei zeigt sich, dass ab Mitte 20 die Bereitschaft eine Ausbildung zu absolvieren deutlich sinkt.

Steve³: "Aber ... mit 25. Das wird dann bloß noch eine Umschulung sein, denke ich mal. Mit Lehre wird da nichts."

Für andere liegen die Begründungen in den gemachten und jeweils individuell interpretierten Erfahrungen. Sie befürchten, dass sie kaum noch eine Chance haben, überhaupt in eine Ausbildung gelangen oder vermittelt zu werden. In einzelnen Fällen haben sie es gänzlich aufgegeben, über eine Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt zu gelangen.

Olaf³: "Ne, Ausbildung, das ist jetzt meine Meinung, Ausbildung will ich gar nicht haben. Weil das nützt mir hier draußen nichts. Du kannst was und sitzt drei Jahre in einer Ausbildung rum und danach kriegst du genau so wenig was."

*Mike*³: "... das ist ein ... Second-hand-Laden und Schallplattenladen, da hab ich aushilfsweise mal gejobbt. ... Es hat mir eigentlich gefallen. ... Jetzt könnte ich mir überlegen, machste im Einzelhandel eine Kaufmannslehre, aber die können es sich nicht leisten, dort einen Lehrling einzustellen. Also denk ich, ... da mache ich die Lehre in der Kaufhalle. ... Und das geht schon gar nicht. ... Ich wusste nicht, ob ich das schaffe, drei Jahre lang diesen Stumpsinn mit Regal einräumen zu ertragen."

Ähnlich wie es zuvor für die Ausbildung sichtbar wurde, zeigen sich verschiedene Strategien mit dauernder bzw. immer wiederkehrender Arbeitslosigkeit umzugehen. So existiert eine Gruppe, die eine anhaltende Orientierung zu normaler Erwerbsarbeit beibehält, während eine andere Gruppe eine zunehmende Orientierung jenseits normaler Erwerbsarbeit aufweist. In der ersten Gruppe finden wir z.B. junge Erwachsene, die über prekäre Beschäftigungsverhältnisse (Zeitarbeit, kurzfristige Aushilfsarbeit) immer wieder versuchen, in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis zu gelangen. Andere versuchen über die Verbesserung ihrer Bildungsabschlüsse ihre Chancen zu verbessern (Nachholen oder Verbesserung von Schulabschlüssen, berufsbezogene Weiterbildungen). In vereinzelt Fällen wurde explizit die Verpflichtung bei der Bundeswehr als eine Möglichkeit gesehen, in ein gesichertes Arbeitsverhältnis zu gelangen. In den ersten beiden Befragungswellen wurde es allerdings von keinem der Befragten wirklich realisiert.

*Konstantin*³: "Aber wenn alle Stricke reißen, und ich als Drucker nichts kriege, mache ich ein Jahr Fachschule, dann habe ich Fachhochschulreife und dann mache ich meinen Diplomingenieur. Da bleibe ich im Beruf."

Auf der Seite derer, die in den Interviews eine zunehmende Abkehr vom Ziel einer normalen Erwerbsarbeit aufwiesen, fanden sich diejenigen, die bereits aufgegeben haben und sich auf eine dauerhafte staatliche Alimentierung einrichteten. Eine junge Frau favorisierte den Rückzug in Familie und Mutterschaft. Ebenso gab es aber auch Befragte, die auf eine staatliche Alimentierung verzichteten und Alternativen zum Normalarbeitsverhältnis aufzubauen versuchten, bei denen sie sich besser selbst verwirklichen können.

*Miriam*³: "Ich werde auch keine Arbeit kriegen, wenn man es so nimmt. Im Prinzip könnte ich mir noch 10.000 Kinder anschaffen, weil Arbeit mit vier Kindern - na ja. Ich habe es gesehen wie schwer es ist mit einem Kind."

Welche Bewältigungsstrategien lassen sich nun aus diesen gefunden Orientierungen herausfiltern?

Im Folgenden sollen verschiedene Copingmöglichkeiten am Beispiel der Bewältigung der Exklusion von Erwerbsarbeit verdeutlicht werden.

Abbildung 2: Bewältigung der Exklusion von Erwerbsarbeit

Zielebenen		
Verhaltensebene	Assimilation Angleichung an normative Vorstellungen	Akkomodation Änderung eigener normativer Entwürfe
Aktive problemorientierte Bewältigung	<i>Bsp.:</i> <i>Festhalten an Erwerbsarbeit als Ziel Bildungsvoraussetzungen verbessern</i>	<i>Bsp.:</i> <i>Abkehr vom Ziel Erwerbsarbeit alternative Tätigkeitsformen entwickeln</i>
Problemvermeidendes Verhalten	<i>Bsp.:</i> <i>Festhalten an Erwerbsarbeit als Ziel Abwarten</i>	<i>Bsp.:</i> <i>Abkehr vom Ziel Erwerbsarbeit keine alternativen Tätigkeitsformen, Rückzug</i>

In der Abbildung 2 wird aufgezeigt, dass es auf zwei Ebenen Möglichkeiten der Bewältigung vom Ausschluss von Erwerbsarbeit geben kann. Zum einen auf der Zielebene. Mit der sogenannten Assimilation (zu diesen Begriffen in der Copingtheorie vgl. Brandtstädter & Greve 1992 sowie Rademacher 2003) ist die Angleichung der eigenen Zielvorstellungen an die normativ gegebenen gemeint. Das heißt für unser Beispiel, dass die jungen Erwachsenen, die bereits über einen langen Zeitraum bzw. immer wieder arbeitslos waren oder sind, dennoch am Ziel, in eine normale Erwerbsarbeit gelangen, festhalten. Dagegen beinhaltet der Begriff der Akkomodation, dass bislang vorhandene normative Vorstellungen geändert werden. Es finden sich also auch junge Erwachsene, die einem normalbiographischen Lebensverlauf nicht mehr folgen, in dem sie das Münden in normale Erwerbsarbeit für sich nicht mehr als Ziel definieren. In diesen Fällen würden die jungen Erwachsenen immer weniger davon ausgehen, dass ihre Exklusion von normaler Erwerbsarbeit und damit die aktuelle Risikolage nur eine vorübergehende ist und man letztlich wieder in das normalbiographische Modell münden wird. Erst dieses schwindende Vertrauen in die Normativität der Normalbiographie macht eine Neuorientierung des Selbst- und Lebenskonzeptes nötig (Kohli 1999).

Die andere Ebene der Bewältigungsmöglichkeiten ist die der Verhaltensebene. Man findet zumeist zwei dominierende Gruppen von möglichem Coping: Auf der einen Seite ein eher aktiv ausgerichtetes problemorientiertes Coping und auf der anderen Seite ein eher passives problemvermeidendes Verhalten (Seiffge-Krenke 1989).

Verbindet man nun diese beiden Ebenen wird augenfällig, dass sowohl die Beibehaltung des Ziels Erwerbsarbeit als auch die Abkehr davon, aktiv bzw. passiv bewältigt werden können. So wäre es ein aktives, problemorientiertes Verhalten, über die Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen in Erwerbsarbeit zu gelangen. Sehen junge Erwachsene das Ziel normale Erwerbsarbeit als relevant an, können sie sich allerdings auch abwartend verhalten und alle Verantwortung an die Institutionen abgeben, die eine Arbeitsmarktintegration zu fördern versprechen. Ebenso verhält es sich auf der Seite der Akkommodation. Problemorientiertes Bewältigen würde sich z.B. dann konstatieren lassen, wenn junge Erwachsene versuchen, alternative Tätigkeitsformen zur normalen Erwerbsarbeit zu entwickeln. Ein problemvermeidendes Verhalten ließe sich bei denjenigen beobachten, die nicht mehr das Ziel haben in normale Erwerbsarbeit zu gelangen und sich zurückziehen.

Für all diese Möglichkeiten des Umgangs mit der Exklusion von Erwerbsarbeit lassen sich im Sample Beispiele finden.

Welche Rolle spielen Mobilitätsüberlegungen der jungen Erwachsenen bei der Bewältigung von Exklusion von Erwerbsarbeit? Wird ein Weggang aus ihrem bisherigen Umfeld als eine Strategie wahrgenommen, Ausbildungs- und/oder Arbeitsplatzlosigkeit zu begegnen? Aus den Erzählungen der jungen Frauen und Männer zeigte sich, dass die Erfahrungen der Eltern mit Mobilität eher die Ausnahme bildeten (trotz der häufig berichteten Arbeitslosigkeit eines oder beider Elternteile). Dagegen waren die Geschwister der Befragten sehr viel häufiger in andere Städte und Gebiete (meist die alten Bundesländer) gezogen, um eine (bessere) Arbeit bzw. eine Ausbildung zu erhalten. Die Interviews verdeutlichen jedoch, dass insbesondere die wahrgenommenen Erfahrungen der Gleichaltrigengruppe mit Mobilität in Beziehung zu den eigenen Einstellungen gesetzt wurden.

*Susanne*³: "Ja, ich habe eine Freundin gehabt, die hat Köchin gelernt. Die ist dann rüber in den Westen. Und dann ist sie wieder hierher gekommen. Die hat gesagt, ganz so toll war es da drüben nicht, weil die ... auch nicht so gut behandelt wurde."

*Michael*³: "Ja, und genauso kann es nicht sein, die (eine Freundin von M.) war hier auf dem Arbeitsamt. Hatte eben pausenlos keine Stelle gekriegt. Und die kriegt jetzt 1500 Euro, weil sie jetzt im Westen arbeiten geht. ... Da wird Ostdeutschland irgendwann mal ein Rentnerstaat und drüben tun die jungen Leute arbeiten."

Bezüglich seiner eigenen Überlegungen, in den Westen zu gehen, zeigt sich seine ablehnende Haltung erneut, nun jedoch weniger politisch begründet als aus ganz persönlichen Ursachen heraus.

*Michael*³: "Wenn ich jetzt rüber gehe in den Westen, sag ich jetzt mal, du hast dort nichts. Du fängst ganz neu an. Du hast keine Freunde, du hast keine Kumpels. ... Du hörst von vielen, dass das bloß den Bach runter geht. Dass du als dummer Ossi eingestellt wirst, zu einem Mindestlohn, den die überhaupt zahlen wollen."

Familiäre Gründe oder das Fehlen der Freunde als Bezugspersonen wurde immer wieder als Argument angeführt, den eigenen Standort nicht zu verlassen. Die befragten jungen Erwachsenen wohnten alle in so genannten sozialen Brennpunkten, die in der öffentlichen Wahrnehmung als negativ stigmatisiert sind. Auch die eigenen Einschätzungen des Stadtteils, in dem sie wohnten, wurden in fast allen Fällen negativ und problematisch beschrieben. Dennoch sahen die Befragten nur in Ausnahmefällen einen Weggang als die Chance, schlechten Umfeldbedingungen zu entfliehen. Das spricht für die These, dass Menschen in benachteiligten Quartieren, diesen auch als eine Art Schutzraum wahrnehmen, in dem andere Personen leben, die gleiche Erfahrungen gemacht haben und die u. U. als ein Netz mit Unterstützungspotential fungieren können. Es waren vor allem diejenigen, die (noch) nicht so fest in ein Familien- oder Freundesnetz eingebunden waren, die es sich vorstellen konnten, an einem anderen Ort nach einer Ausbildung oder Arbeit zu suchen. Dabei war aber immer die fehlende Möglichkeit, am aktuellen Wohnort einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu bekommen der angegebene Grund für einen eventuellen Wohnortwechsel.

*Robert*³: "Nicht im Osten (die Chancen, nach der Ausbildung in Arbeit zu kommen) . Da würde ich in den Westen gehen. ... Aber ich würde eigentlich lieber in den Westen gehen. ... Dort auch eine Familie gründen. Weil dort vielleicht doch, weiß nicht, der Lebensstandard ein bisschen besser ist."

In den meisten Fällen deckten sich eine positive Einstellung zu Mobilität mit einer aktiven Bewältigungsstrategie hinsichtlich des Ausschlusses von Erwerbsarbeit. Bei denjenigen, die sich vom Ziel, in normale Erwerbsarbeit zu gelangen und alternative Vorstellungen dagegen zu setzen versuchten, fanden sich auch Beispiele, die ganz bewusst die Möglichkeit eines Ortswechsels nicht in Betracht zogen.

Folgend wird anhand eines Fallbeispiels die Möglichkeit eines Ausbildungs- und Erwerbsweges sowie die Bewältigung von Exklusion von Erwerbsarbeit näher betrachtet.

Fallbeispiel Mike³

Mike war zum Zeitpunkt des ersten Interviews 24 Jahre alt. Er wohnt in Chemnitz und wurde auch dort geboren. Er ist der Älteste von drei Geschwistern (davon ein Halbbruder). Da er mit seinem Stiefvater nicht klar kam, wuchs Mike über weite Strecken bei seiner Großmutter auf. Sie nahm ihn noch bevor er in die Schule kam auf und erhielt später auch das Sorgerecht für ihn. Dennoch hat er bis heute zu seiner Mutter ein gutes Verhältnis.

Seine Schullaufbahn war von Unlust gekennzeichnet. Er war auf der Realschule als er die neunte Klasse ohne Abschluss verließ. Weil er keinen Bock mehr hatte, wie er selbst sagt.

"Ich hab ein Abgangszeugnis der Klasse acht. Ich hab erst im Nachhinein gecheckt, was die eigentlich von mir wollten, aber ich habe halt ziemlich lange Schwierigkeiten gehabt und hatte dann dementsprechend keinen Bock mehr. So und dann wie das so üblich ist halt kein Abschluss gehabt und nichts, hab dann durch Zufall über `nen Kumpel `ne Lehre gekriegt ... ich hab `ne Maurerlehre gehabt."

Mike versuchte über zwei Jahre hinweg, in dieser Ausbildung zu bleiben. Aber sowohl die Arbeit als auch das, was in der Berufsschule wie vermittelt wurde, lagen ihm gar nicht und so schmiss er halbes Jahr von Beendigung seiner Lehrzeit die Ausbildung.

"Halt die Lehre abgebrochen, ja also von mir aus abgebrochen, das wär so wie so soweit gewesen und ich hatte keine Lust, dann den ganzen Stress noch mitzumachen. Es war mir einfach zu viel und so, wenn man mich stresst, stecke ich schnell meine Finger in die Ohren."

Mike hatte weder vor seiner Lehre (in der Schule) noch danach seine beruflichen Interessen abgeklopft. Er selbst bemängelte dabei vor allem die geringe Unterstützungsleistung seitens der Schule.

"... also in der Schule kriegt man ja absolut gar nicht gesagt bzw. die haben da keine Muße festzustellen, was einem liegt und was nicht, so war's bei mir zumindest."

Seine weitere Ausbildungs- und Erwerbskarriere war von ein bis zwei ABM abgesehen (die er lediglich aus Geldmangel, nicht aus dem Kalkül, darüber in längerfristige Erwerbsarbeit zu gelangen, angenommen hatte) von Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Nach einiger Zeit meldete er sich nicht mehr auf dem Arbeitsamt und erhielt auch vom Sozialamt, bei dem er sich auch nicht meldete, keinerlei Leistungen. Er lebte gemeinsam mit seiner Freundin von deren Sozialhilfe sowie den Unterstützungen seiner Großmutter. Die Orientierungslosigkeit bezüglich seiner weiteren Berufslaufbahn blieb bestehen. Lediglich über sein Hobby – als HipHop-DJ aufzulegen – keimte die Idee auf, das für die eigene berufliche Karriere nutzbar zu machen.

"Das Problem ist, ich hab, ich weiß nichts richtig mit mir anzufangen. Jetzt auf dem normalen Weg wie andere Leute ihr Arbeitsleben und alles machen. ... Ich hab noch nichts gefunden, wo ich sag hier"

Im zweiten Interview, das ein halbes Jahr nach dem ersten Interview stattfand, war festzustellen, dass sich der Situation bezüglich der Aufnahme einer Ausbildung oder eine normale Erwerbsarbeit nicht verändert hatte. Mike verabschiedete sich immer deutlicher von einem normalbiographischen Modell und nahm auch keinerlei Unterstützung durch sozialstaatliche Leistungen in Anspruch.

"Das glaube ich nicht, da wird nichts draus (aus einem "normalen" Arbeitsleben). Ja, denke ich echt nicht. Ausbildung, da haste wieder kaum Kohle. Reißt dir trotzdem den Arsch auf. Drei Jahre noch und ich bin jetzt so aus dem Alter raus, wo man noch richtig aufnahmefähig ist."

"Ich habe mich jetzt seit einem guten halben Jahr nicht mehr beim Arbeitsamt gemeldet. Ich kriege auch keine Leistungen vom Arbeitsamt. ... Ich kriege von niemand, nicht mal vom Sozialamt was. Aber da habe ich mich auch nicht drum gekümmert. Das ist mir zu viel Stress gewesen."

Schon etwas konkreter als zum Zeitpunkt des ersten Interviews verfolgte Mike die Idee, sein Hobby zum Beruf zu machen. Er berichtete von einem informellen Rahmen in Chemnitz, der es ihm ermöglichte vereinzelt als DJ zu arbeiten. Als Ziel hatte er sich gesetzt, über einen bestimmten Zeitraum hinweg ein Einkommen von 600 Euro im Monat nachzuweisen. Dies würde es ihm erlauben, sich als freischaffender Künstler anmelden zu können. Ein Wegzug aus Chemnitz kam für ihn dabei nicht in Frage.

"Jetzt ist erst mal Chemnitz angesagt. Also ich hab schon einen Namen hier. Ich bin schon bekannt. Ich hab halt zu einer Party, ..., da kamen dort über 100 Leute nur wegen mir. ... Die haben gedacht, ich mache dort Musik."

Das Verbleiben in Chemnitz war für Mike die Voraussetzung dafür, seine Vorstellungen einer Tätigkeit jenseits normaler Erwerbsarbeit zu verwirklichen.

Er versucht also darüber, auch ohne eine Berufsausbildung, seinen Weg in ein Berufsleben zu gehen und seine Existenz zu sichern. Insofern kann Mike zu denjenigen gezählt werden, die aktiv versuchen, ihre Situation zu bewältigen und die sich auf der Zielebene vom gesellschaftlich anerkannten Ziel des Normalerwerbsarbeitsverhältnis distanzieren (Akkomodation).

"Na, ich bin jetzt mit meiner Musik weiter gekommen als mit meinem sämtlichen anderen Mist. Ich hab immer noch nicht gearbeitet und immer noch keine gesicherte Zukunft und immer noch keinen Plan, aber mit der Musik geht's langsam bergauf."

Zusammenfassung

In den Interviews mit den jungen Erwachsenen wurde augenfällig, dass sie in ihren Lebensvorstellungen alle zunächst ein normalbiographisches Muster verfolgen. Das bedeutet für sie, eine Berufsausbildung zu absolvieren, um danach in eine feste oder zumindest langfristige Vollzeiterwerbsarbeit münden zu können. Die Familiengründung und das Anschaffen von Kindern werden entweder nach hinten verschoben bzw. in die Verlaufsvorstellungen parallel integriert.

Erst nach dem (mehrfachen) Scheitern, den geplanten Lebensverlauf umzusetzen, finden sich bei den Befragten verschiedene Wege, diese Diskrepanz von Vorstellung und Realität zu bewältigen.

Denjenigen, die entweder nie eine Ausbildung begonnen hatten oder sie (mehrfach) wieder abbrachen, mussten sich entscheiden, ob sie sich weiter um einen Ausbildungsplatz bemühen wollten oder ohne einen erlernten Beruf versuchen sollten, in eine Erwerbsarbeit zu gelangen. Bei denjenigen, die weiterhin das Ziel hatten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, wurde häufig eine große Unsicherheit bezüglich der Richtung sichtbar, in die sie beruflich gehen wollten und könnten. Vielen (auch von denjenigen, die aus eher pragmatischen Gründen eine Ausbildung in einem eigentlich nicht gewollten Beruf beendeten) war in und nach der Schule eher unklar, in welche Richtung sie beruflich gehen wollten. So fühlten sie sich von den entsprechenden Institutionen häufig allein gelassen. Das wurde insbesondere zum Problem, wenn auch die elterliche Unterstützung nicht oder kaum vorhanden war. Es scheint also in einem noch sehr viel umfangreicheren Maße als bisher nötig, gerade mit den Jugendlichen zu arbeiten, die keine optimalen Voraussetzungen mitbringen, um mit ihnen gemeinsam für sie sinnvolle Ausbildungsoptionen zu suchen, die auch jenseits der üblichen Raster liegen. Dies ist eine Aufgabe gerade auch für die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (Kreher/ Oehme 2003). Aber ebenso müssen sich die allgemein bildenden Schulen dieser intensiven und individuellen Betreuung widmen. Das Instrument des Case Management wird hier auf verschiedenen Ebenen weiter an Bedeutung gewinnen.

Hinsichtlich des Umgangs mit dauerhafter oder immer wiederkehrender Arbeitslosigkeit wurde eine Zweiteilung der anhaltenden Ausrichtung auf normale Erwerbsarbeit sichtbar. Eine Gruppe versuchte nach wie vor, auf entweder eher passivem oder aber aktivem Weg (wieder) auf dem ersten Arbeitsmarkt dauerhaft Fuß zu fassen. In dieser Gruppe befinden sich meist diejenigen, die dafür einen Wohnortwechsel oder auch häufiges Pendeln in Kauf nehmen würden. Eine weitere Gruppe orientierte sich jedoch mehr und mehr jenseits normaler Erwerbsarbeit. Für die einen bedeutete das, sich ganz und gar auf die Familie und das Kinder groß ziehen zu konzentrieren. Für andere war es ein Weg, außerhalb der normalen Abfolgen von Ausbildung und Erwerbsarbeit zu versuchen, ihren Lebensweg zu gehen. Für letztere Gruppe zeigen Beispiele, dass das Verbleiben am bisherigen Wohnort geradezu die Voraussetzung bildet, die eigenen alternativen Vorstellungen zur normalen Erwerbsarbeit zu realisieren.

Auch wenn das Abwenden vom Normallebensverlauf bei den hier Befragten fast ausschließlich eine Reaktion auf dessen Nichtgelingen war, scheint es für die jungen Erwachsenen in ihrem Bestreben, nach Alternativen zu suchen, wichtig, institutionelle Unterstützung zu erhalten. Die Pluralisierung von Lebensverläufen wird sich angesichts der Entgrenzung von Arbeit weiter fortführen. Das erfordert nicht nur individuelle Bewältigungsstrategien, sondern auch eine Neuorientierung in den Institutionen. Sie werden immer mehr dazu aufgefordert sein, dafür strukturell Chancen zu eröffnen und es aktiv zu unterstützen, dass Heranwachsende – und nicht nur benachteiligte Jugendliche – individuell und offen ihre Beschäftigungskarriere gestalten können. Dabei dürfen die Möglichkeiten, auch jenseits von normaler Erwerbsarbeit Alternativen zu entwickeln, nicht automatisch die Exklusion in anderen Lebensbereichen (z.B. politisch-kulturelle Teilhabe, finanzielle Situation) nach sich ziehen.

Literatur

Brandtstädter, J./ Greve, W. (1992): Das Selbst im Alter: adaptive und projektive Mechanismen. In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, Band XXIV, Heft 4, 269-297

Braun, F./ Lex, T./ Rademacker, H. (Hg.) (2001): Jugend in Arbeit. Neue Wege des Übergangs Jugendlicher in die Arbeitswelt. Opladen: Leske + Budrich

Castel, R. (2000): Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs. In: Mittelweg 36, 9. Jg., Heft 3, 11-25

Förster, H./ Kuhnke, R./ Mittag, H./ Reißig, B. (2002): Das Freiwillige Soziale Trainingsjahr – Bilanz des ersten Jahres. Arbeitspapier 1, DJI München/Leipzig

Gericke, Th./ Lex, T./ Schaub, G./ Schreiber-Kittl, M./ Schröpfer, H. (2002): Jugendliche fördern und fordern. Strategien und Methoden einer aktivierenden Jugendsozialarbeit. Übergänge in Arbeit, Band 1, Verlag Deutsches Jugendinstitut

Kohli, M. (1999): Ausgrenzung im Lebenslauf. In: Herkommer, S. (Hg.): Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus. Hamburg: VSA Verlag, 111-129

Krahek, N. (2001): Karrieren jenseits normaler Erwerbsarbeit. Zwischenbericht. Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen

Krahek, N. (2004): Karrieren jenseits normaler Erwerbsarbeit - Lebenslagen, Lebensentwürfe und Bewältigungsstrategien von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Abschlussbericht, DJI München

Kreher, Th./ Oehme, A. (2003): Individuelle Tätigkeits- und Lernverläufe sowie Unterstützungsformen zur Kompetenzentwicklung für aktive Arbeits- und Lebensgestaltung. Forschungsbericht

Kronauer, M. (1999): Die Innen-Außen-Spaltung der Gesellschaft. Eine Verteidigung des Exklusionsbegriffs gegen seinen mystifizierenden Gebrauch. In: Herkommer, S. (Hg.): Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus. Hamburg: VSA Verlag, 60-72

Kronauer, M. (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt/ New York: Campus Verlag

Lex, T. (1997): Berufswege Jugendlicher zwischen Integration und Ausgrenzung. Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit, Band 3, Verlag Deutsches Jugendinstitut

Lutz, B. (2001): Im Osten ist die zweite Schwelle hoch. Fehlende Arbeitsplätze und Nachwuchsstau vor den Toren des Arbeitsmarktes. Forschungsberichte aus dem ZSH

Rademacher, J. (2003): Arbeitslosigkeit und Identität im Erwachsenenalter. Verlag Dr. Kovac

Schreier, Kerstin (2004): Rückblick auf ein Jahr BBE-Lehrgang - Ergebnisse einer bundesweiten Befragung von BBE-TeilnehmerInnen. Arbeitspapier 3, DJI München/Halle

Seiffge-Krenke, I. (1989): Bewältigung alltäglicher Problemsituationen: Ein Coping-Fragebogen für Jugendliche. In: Zeitschrift für Differentielle und Diagnostische Psychologie, 10, Heft 4, 201-220

Skrobanek, J. (2003): TeilnehmerInnen in BBE-Maßnahmen – Erste Befunde einer bundesweiten Befragung. Arbeitspapier 1, DJI München/Leipzig

Walther, A. (2002): "Benachteiligte Jugendliche": Widersprüche eines sozialpolitischen Deutungsmusters. Anmerkungen aus einer europäisch-vergleichenden Perspektive. In: Soziale Welt 53, 87-106

Heike Förster

Soziale Vernetzung im Stadtteil – Ergebnisse des Programms "Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten" unter besonderer Berücksichtigung des Programmbausteins "Freiwilliges Soziales Trainingsjahr"

Das Programm E&C – zentrale Ergebnisse der ersten Phase (2000-2003) ⁴

Das jugend- und jugendpolitische Programm "Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten" (E&C) ist vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit der Zielsetzung ins Leben gerufen worden, vor allem die über den Kinder- und Jugendplan (KJP) des Bundes geförderten Träger der Kinder- und Jugendhilfe zu motivieren, sich verstärkt in benachteiligten städtischen Gebieten und strukturschwachen ländlichen Regionen zu engagieren. Neue Ansätze und Maßnahmen für Kinder und Jugendliche in problembelasteten Gebieten sollen erprobt und mit anderen in den Stadtteilen tätigen Institutionen abgestimmt werden. Durch ein institutionen- und ressortübergreifendes Zusammenarbeiten sollen, so die Idee des Programms E&C, das sich auf das Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt" und die dafür ausgewählten Gebiete bezieht, die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort, insbesondere die der Kinder und Jugendlichen verbessert werden. Diese Politik ist bereits in der Anlage beider Programme innovativ.

Der Schwerpunkt in der ersten Phase der wissenschaftlichen Begleitung des Programms E&C bestand darin, die Strukturen der Jugendhilfe und die Kooperationen innerhalb der Jugendhilfe und mit anderen Institutionen transparent zu machen und zu analysieren. Im Zentrum der Arbeit der Projektgruppe stand dabei die Frage nach Strukturen und Strategien sozialräumlicher Vernetzung.

Für die Arbeitsweise der Programme "Soziale Stadt" und E&C ist kennzeichnend, dass sich die Aktivitäten auf kleinräumige Gebiete innerhalb der Gesamtstadt konzentrieren. Diese "Sozialräume" sind häufig, und das ist eine Herausforderung für alle Beteiligten in der Betrachtung und Beurteilung der Geschehnisse vor Ort, künstlich zugeschnitten, so dass die Quartiersgrenzen, also jene Räume, in denen sich die Bewohner bewegen, die sie überschreiten, schwimmen und mit den "Programmgrenzen" selten eins zu eins übereinstimmen. Folglich sind auch die Handlungen von Akteuren und Institutionen (z.B. aus Städtebau oder Jugendhilfe) nicht ausschließlich

⁴ Die Ergebnisse sind dem Schlussbericht der ersten Phase der wissenschaftlichen Begleitung von E&C unter Leitung von Dr. Wolfgang Mack entnommen (vgl. Projektgruppe Netzwerke im Stadtteil 2003).

auf ein "abgezirkeltes" Gebiet zu beziehen. Aktivitäten mögen "in Bezug" auf das Quartier stattfinden, was jedoch nicht bedeuten muss, dass sie strikt innerhalb der Quartiersgrenzen ablaufen müssen.

Für das Programm E&C können in diesem Sinne drei Ebenen von Sozialräumen unterschieden werden:

1. die Ebene der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen in den Stadtteilen,
2. die Ebene der Institutionen und
3. die durch das Programm "Soziale Stadt" definierten Stadtteile.

Ausgangspunkt ist dabei die Annahme, dass Sozialräume durch das Handeln von sozialen Akteuren, Individuen wie auch Institutionen konstituiert werden. Im Anschluss an den soziologischen und sozialgeographischen Sprachgebrauch wird zwischen physisch-materiellen Räumen und Sozialräumen unterschieden.

Das Programm E&C selbst konstituiert neue Sozialräume, indem es sich auf die am Programm Soziale Stadt beteiligten Stadtteile bezieht und die Jugendhilfe dazu anregt, sich untereinander und mit anderen Institutionen in Bezug auf ihre Arbeit in diesen Stadtteilen zu vernetzen, vorhandene Ressourcen in diesen Stadtteile besser für die Förderung von Kindern und Jugendlichen zu nutzen und neue Ressourcen in diese Stadtteile zu leiten.

Entsprechend des integrierten Handlungsansatzes der Programme Soziale Stadt und E&C wird von Institutionen erwartet, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in sozialen Brennpunkten beizutragen. Angestrebt wird ein koordiniertes Handeln dieser Institutionen in Bezug auf diese sozialen Brennpunkte. Dabei spielen die Begriffe Vernetzung und Kooperation eine außerordentliche Rolle. Es gibt kaum ein Problem, das nicht durch Vernetzung gelöst werden soll, kaum ein Prinzip, mit dem so hohe Erwartungen verbunden werden und folglich kaum ein Programm, das nicht auf Vernetzung unterschiedlicher Akteure zielt.

In den leitfadengestützten Interviews mit Schlüsselpersonen in den Modellgebieten der wissenschaftlichen Begleitung wird deutlich, dass die Jugendämter an den Prozessen der städtebaulichen Erneuerung eher selten beteiligt sind und dass es kaum Netzwerke gibt, in denen die Bereiche der Stadtplanung und der Jugendhilfe systematisch miteinander verknüpft sind. An den in der Jugendhilfe bereits bestehenden und bewährten Netzwerken sind die Stadtplanungsämter kaum beteiligt, und auch von kontinuierlichen Formen der Kooperation zwischen Stadtplanungs- und Jugendämtern wird in den Modellgebieten seltener berichtet.

Für eine differenzierte Betrachtung der Netzwerke im Kontext des Programms E&C war es deshalb erforderlich, eine eigene Typologie zu entwickeln. Mit den Kriterien Mitgliedschaft, Koordination und Zielorientierung sind vier Typen von Netzwerken entwickelt worden (vgl. Abb. 1), auf deren Vorhandensein die Modellgebiete analysiert wurden.

Abbildung 1: Netzwerk-Typen

	Aktionsbündnis	Offen zielorientiertes Planungs- und Projekt Netzwerk	Institutionalisiertes Netzwerk	Strategisch-informelles Netzwerk
Mitgliedschaft	offen	offen	definiert, Zugänge nach offiziell bekannten Regeln	Geschlossen, Zugänge nach offiziell nicht bekannten Regeln
Koordinierung	horizontal	horizontal und vertikal	vertikal	horizontal und vertikal
Zielorientierung	projektorientiert	definierte Ziele	definierte Ziele	strategische Einflussnahme

Die für das Programm E&C relevanten Typen von Netzwerken sehen somit folgendermaßen aus:

Aktionsbündnisse können eine Beteiligung von Akteuren im Stadtteil, auch der Bürgerinnen und Bürger ermöglichen, ein offenes Forum für Austausch, Diskussion und Planung darstellen und für die Durchführung von kleineren Projekten verantwortlich sein.

Offen-zielorientierte Netzwerke stellen Foren für die Planung und Koordination der stadtteilbezogenen Arbeit dar. Sie verbinden die Akteure im Stadtteil untereinander. Wichtig sind Verbindungen zu den für die Stadtteilarbeit zuständigen Ämtern der Stadtverwaltung und anderer Behörden sowie der Wirtschaft und ihrer Organisationen. Um diese Funktion als intermediäre Instanz ausüben zu können, sind besondere Rollen zur Koordinierung notwendig. In Netzwerken, die als Arbeitskreis auf der Basis von §78 KJHG arbeiten, sind dafür Vorsitzende für die freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe zu bestimmen. Teilweise übernehmen auch Quartiersmanagerinnen und –manager diese Funktionen in diesen Netzwerken.

Institutionalisierte Netzwerke können auf der Ebene des Stadtteils oder auf der Ebene der kommunalen Verwaltung angesiedelt sein. Stadtteilbezogene Netzwerke dieses Typs stellen Quartiersbeiräte dar, die mit dem Programm "Soziale Stadt" als zentrales Steuerungsinstrument vor Ort eingerichtet worden sind. Für die Koordinierung der stadtteilbezogenen Politik sind Lenkungsgruppen auf der Leitungsebene der Ämter ein wichtiges Steuerungsinstrument. Auch diese Lenkungsgruppen sind mit dem Programm "Soziale Stadt" in vielen am Programm beteiligten Städten eingerichtet worden.⁵

⁵ Die Befragung des Difu vom Jahr 2002 kommt zu dem Ergebnis, dass auf kommunaler Ebene in etwas mehr als einem Drittel der beteiligten Städte ämter- und ressortübergreifende Arbeitsgruppen und bei fast einem Drittel dezernatsübergreifende Steuerungs- und Lenkungsgruppen zur Erarbeitung und Durchführung des Integrierten Handlungskonzepts für das Programm "Soziale Stadt" eingerichtet worden sind (Deutsches Institut für Urbanistik 2003, S. 89, Tab. 10)..

Strategisch-informelle Netzwerke stellen eine vierte Form von Netzwerken dar. Sie könnte als eine Variante des Institutionalisierten Netzwerks angesehen werden, da viele Merkmale übereinstimmen. Doch würde damit das Spezifikum dieses Typs nicht richtig erfasst. Diese Netzwerke sind informell, sie sind nicht offiziell eingerichtet und haben auch keine definierten Anbindungen an Organisationen. Auch die Ziele des Netzwerks sind in der Regel nicht offiziell bekannt, es geht häufig um strategische Einflussnahme. Koordination in dieser Form von Netzwerken erfolgt informell, dabei kann es stärker horizontal und stärker vertikal ausgerichtete Formen geben. Beispiele für diesen Typ sind informelle Zusammenschlüsse von Personen, um gemeinsam einen stärkeren Einfluss auf politische Entscheidungen oder bei der Vergabe von Mitteln zu erreichen.

Der erste Eindruck, in den Modellgebieten seien institutionalisierte Netzwerke, in denen die Jugendhilfe einen zentralen Stellenwert hat, bereits fest etabliert, trägt. Insbesondere für die strategische Funktion für Planungen und Entscheidungen im Bereich der Jugendhilfe und der Kooperation mit anderen Ämtern und Ressorts, fehlen entsprechende Netzwerke weitgehend. Das bedeutet nicht, dass die Jugendhilfe von strategischen Entscheidungen am Prozess der integrierten sozialen Stadtteilentwicklung ausgeschlossen ist, zwischen den Modellgebieten bestehen dabei große Unterschiede. Die Jugendhilfe ist jedoch nicht in der Weise in strategische Netzwerke auf Leitungsebene eingebunden, wie dies im Sinne des Programms E&C wünschenswert wäre. Besser sieht dies in Bezug auf operative lokale Netzwerke in den Modellgebieten aus, es gibt fast in allen Gebieten offene, auf die Arbeit vor Ort agierende Netzwerke mit operativen Funktionen.

Zusammengefasst bedeutet dies:

- Einerseits vernetzt sich die Jugendhilfe ressortübergreifend. Mit Institutionen der Stadtentwicklung gibt es zahlreiche und vielfältige Formen der Kooperation und Vernetzung, Jugendhilfe ist an den gebietsbezogenen Prozessen der Stadtentwicklung beteiligt. Dadurch können Entwicklungen eingeleitet werden, mit denen längerfristig bessere Bedingungen für Kinder und Jugendliche in diesen benachteiligten Stadtteilen geschaffen werden können. Deshalb ist die ressortübergreifende Kooperation und Vernetzung der Jugendhilfe mit Institutionen der Stadtentwicklung ein Erfolg, der durch den engen Bezug der beiden Programme "Soziale Stadt" und E&C möglich geworden ist.
- Andererseits funktioniert entgegen der Vorgaben des Programms "Soziale Stadt" und den Intentionen des Programms E&C die Kooperation von Jugendhilfe und Stadtentwicklung bei weitem noch nicht so wie gewünscht. Ressortinteressen, Ämterhierarchien und wechselseitige Abgrenzungsversuche erschweren oder verhindern vielfach Kooperationen. Dies ist angesichts der strukturellen Gegebenheiten, die ressortübergreifendes Arbeiten behindern, nicht verwunderlich.

Bilanziert man die Entwicklung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit in den ersten vier Jahren des Programms E&C, überwiegt trotz dieser kritischen Einschätzungen der Erfolg, der in vielfältigen Ansätzen und neuen Strukturen für ressortübergreifende Kooperation und Vernetzung sichtbar ist.

Vielfach gibt es in den Gebieten des Programms E&C in der Jugendhilfe bereits längere Traditionen der sozialräumlichen Vernetzung und Kooperation. Das Programm kann in diesen Gebieten auf die dabei gewonnenen Erfahrungen aufbauen. Der Erfolg netzwerkförmiger Arbeit der Jugendhilfe hängt maßgeblich davon ab, wie stark es gelingt, die Netzwerke in den Programmgebieten zu verankern. Dies ist bei Netzwerken mit längerer Tradition leichter möglich, aber auch neue Netzwerke können sich schnell in lokal vorhandene Strukturen einfügen. Akzeptanz und Wirksamkeit der Netzwerke vor Ort werden wesentlich davon bestimmt, ob das Gebiet, auf das sich das Netzwerk bezieht, mit bereits vorhandenen regionalen Strukturen der Vernetzung in der Jugendhilfe übereinstimmt und ob den Akteuren vor Ort seitens ihrer Institutionen, insbesondere von den Leitungen der zentralisierten Ämter, genügend Kompetenzen für eigenverantwortliches Handeln in den Netzwerken übertragen werden.

Der Programmbaustein FSTJ

Das Modellprogramm E&C realisierte in seiner bisherigen Laufzeit eine Reihe unterschiedlicher Bausteine in unterschiedlichen Standorten der Bundesrepublik.⁶

Ziel des FSTJ ist die berufliche und soziale (Re-)Integration von mehrfach benachteiligten Jugendlichen, deren Biographien sich aufgrund unterschiedlicher Problemlagen deutlich von der "Normalbiographie" ihrer Altersgefährten unterscheiden.

Die Jugendlichen kommen aus Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf⁷. Viele der Jugendlichen sind Schulabbrecher, Schulverweigerer, sozial benachteiligte Migranten, Jugendliche und junge Erwachsene mit beruflich schwerwiegenden Bildungsdefiziten, Sonderschulabsolventen, Abbrecher aus berufsvorbereitenden bzw. anderen arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen bzw. Ausbildungsabbrecher. Ein vielfach problematischer familiärer Hintergrund – gekennzeichnet durch massive Konflikte, ökonomische Probleme und ein geringeres Bildungskapital der Eltern – bedeutet für die Jugendlichen, dass ihnen bei der Bewältigung des Übergangs in die Ausbildung und/oder Berufstätigkeit nur wenig Unterstützung durch die Herkunftsfamilie gegeben werden kann (vgl. dazu auch Kreher/Oehme 2002).

Vorrangig handelt es sich um Jugendliche, die in der amtlichen Statistik nicht mehr auftauchen oder dort als nicht mehr "förderbar bzw. ausgefordert" gelten. Aufgrund dieser unterschiedlich ausgeprägten Benachteiligung

⁶ Dazu gehören: Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS), Freiwilliges Soziales Trainingsjahr (FSTJ), Netzwerke und Soziales Ehrenamt – strukturschwache ländliche Regionen, Lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus, KuQ – Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten (Programm beendet), Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit im Sozialraum, Wettbewerb "Fit für Leben und Arbeit – Neue Praxismodelle zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen"

⁷ Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf wurden definiert im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Die soziale Stadt“ und aufgegriffen im Modellprogramm des BMFSFJ "Entwicklungen und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten" deren integraler Bestandteil das FSTJ ist.

gen hat der überwiegende Teil der Jugendlichen kaum eine Chance um die knappen Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu konkurrieren.

Vom konzeptionellen Ansatz her ist das FSTJ in besonderer Weise individuumzentriert und ressourcenorientiert. In Anknüpfung an die spezifischen Erfahrungen und Lebensumstände der TeilnehmerInnen und ausgehend von den individuellen Fähigkeiten, Vorstellungen und Wünschen, soll auf der Basis von Freiwilligkeit und Eigeninitiative ein maßgeschneidertes Förderangebot entwickelt und umgesetzt werden. Alle verfügbaren externen Ressourcen sollen bei der Gestaltung dieses Prozesses erschlossen und mit einbezogen werden (vgl. Förster u. a. 2002).

Warum schien so eine Orientierung auf den sozialen Nahraum sinnvoll für das Programm?

Wenn man sich die Zielgruppe mit ihren spezifischen Merkmalen anschaut, wird deutlich, dass man bei diesen Jugendlichen davon ausgehen muss, dass lange Wege, hohe Flexibilität und konkrete Vorstellungen zum späteren Berufsfeld eher nicht zu erwarten waren. Vielfach kämpfen diese Jugendlichen in den Programmgebieten mit Exklusionstendenzen, sind kaum in das Stadtteilleben integriert und benötigen in vielen Bereichen die Unterstützung professioneller Hilfeinrichtungen.

Zu Beginn der Umsetzungsphase des FSTJ stand, das ergaben die damaligen Interviews, der Aufbau systematischer Beziehungen zu den Vertretern der "Sozialen Stadt" für viele Qualifizierungsbüros nicht als vordringlichste Aufgabe an. Da galt es oftmals ganz grundlegende organisatorische Angelegenheiten, wie die (meist neu bezogenen) Projekträume einzurichten, sich als Mitarbeiterteam zu finden, TeilnehmerInnen zu akquirieren usw., zu bewältigen. An einigen Standorten waren jedoch die formalen Voraussetzungen für eine enge Zusammenarbeit mit Vertretern der "Sozialen Stadt" recht gut. So lagen (und liegen) einige Qualifizierungsbüros und Büros der "Sozialen Stadt" im gleichen Objekt. Zudem wurde vereinzelt das Quartiersmanagement und die FSTJ-Arbeit in Personalunion betrieben.

Kooperation und Vernetzung im Modellprogramm FSTJ

Nach einem Jahr wollten wir zunächst wissen, ob überhaupt gemeinsame Projekte mit der Initiative "Soziale Stadt" realisiert wurden. Ein Viertel der Qualifizierungsbüros verneinten diese Frage. Dagegen gaben 29 Projekte an, dass sie gemeinsame Aktionen durchgeführt hätten. Hierbei konnten keine Unterschiede hinsichtlich des Standortes (Groß- oder Kleinstadt bzw. neue oder alte Bundesländer) ausgemacht werden.

Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit?

In den meisten Fällen wurden ganz konkrete Projekte gemeinsam in Angriff genommen. Vielfach hatten sie Renovierungs- oder Gestaltungscharakter. So konnten die TeilnehmerInnen im Rahmen ihrer Qualifizierungen und Praxiseinsätze soziale Einrichtungen wie Kindergärten oder Büros des FSTJ

bzw. der "Sozialen Stadt" renovieren und rekonstruieren. An einem Standort wurde das FSTJ sogar in den Bau eines Stadtteilzentrums einbezogen. Die TeilnehmerInnen des Trainingsjahres an einem anderen Standort übernahmen die Patenschaft über einen Abenteuerspielplatz im Quartier; halfen damit nicht nur beim Aufbau zusätzlicher Spielattraktionen, sondern sind nun auch die für Wartung und Pflege der Geräte und Grünanlagen verantwortlich.

Das alles zeigt, dass hier nicht allein die Qualifizierung der Jugendlichen im FSTJ im Vordergrund steht. Diese Arbeiten und (manchmal recht aufsehenerregenden) Aktionen in ihrem Quartier haben auch einen motivierenden Charakter. Die TeilnehmerInnen bekommen zum einen positive Rückmeldungen der anderen Beteiligten und Interessierten aus dem Stadtteil und können sich ihn zum anderen in ganz neuer Weise aneignen.

Voraussetzung ist auch hier eine gute Zusammenarbeit mit den entsprechenden Akteuren der "Sozialen Stadt", meist den Quartiers- oder Stadtteilmanagern. Ein Projekt berichtete, dass die Quartiermanagerin vor Ort ein "richtiger Fan" des Trainingsjahres geworden und dementsprechend daran interessiert ist, das Projekt kreativ in die Stadtteilarbeit zu integrieren.

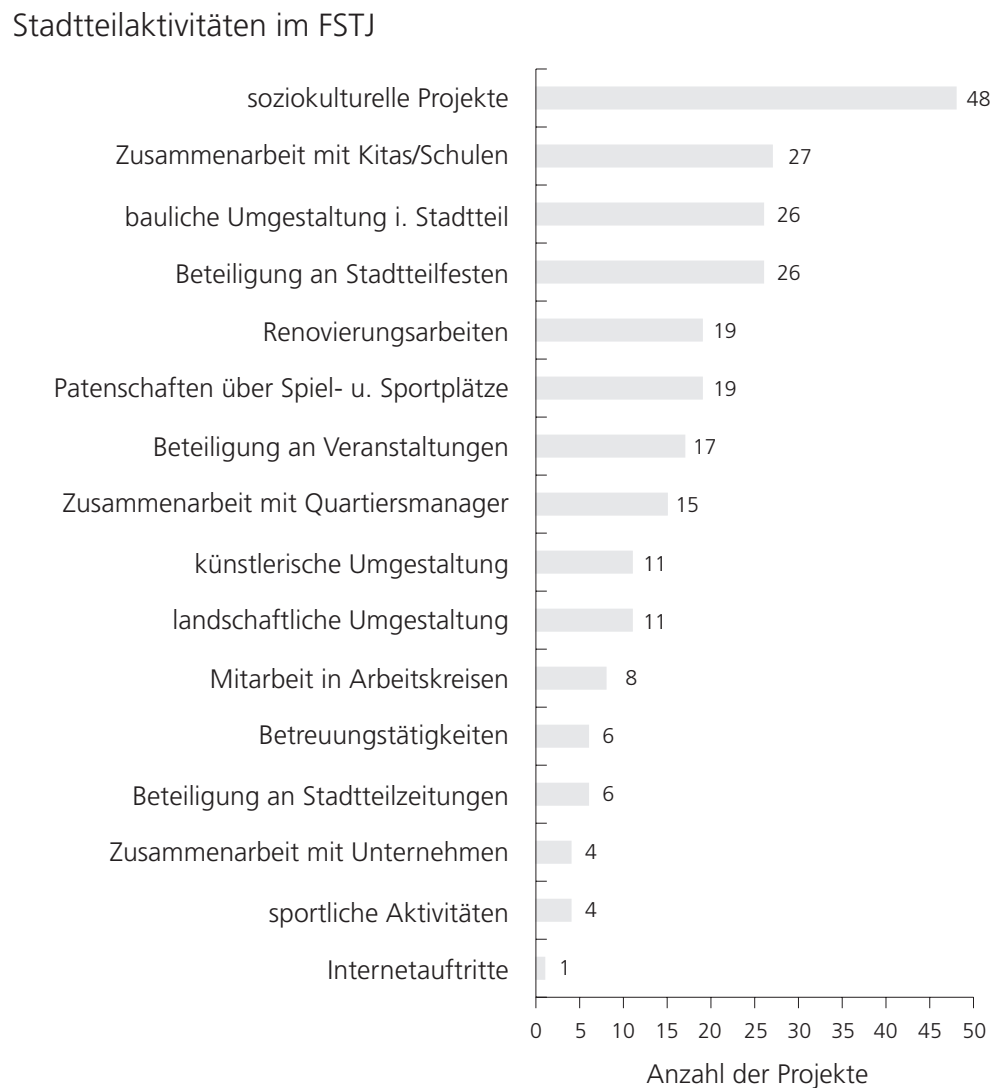
Diese konkreten Aktionen bieten einen Weg, Synergien zwischen beiden Programmen zu erreichen. Auf weitere Sicht sollte es jedoch das Ziel sein, systematische Strukturen zu schaffen, die eine Verstetigung der Arbeit in und für den Stadtteil auch nach der aktuellen Modellförderung möglich machen. Bisher berichteten noch recht wenige der Qualifizierungsbüros über eine Zusammenarbeit, die über oftmals eher spontane Projekte und Aktionen hinausgeht. An einzelnen Standorten wurden jedoch Arbeitskreise initiiert, in denen Vertreter der Jugendhilfe und Jugendberufshilfe, Verantwortliche für Stadtteilentwicklung sowie weitere Akteure und Entscheidungsträger aus dem Stadtteil zusammen kommen.

Seit Beginn des Projektes sind 4 Jahre vergangen und es zeigt sich, dass sich bzgl. der Stadtteilaktivitäten eine ganze Menge getan hat. Inzwischen werden an allen Standorten im Stadtteil und mit Institutionen im Stadtteil gemeinsame Projekte und Aktionen realisiert.

Es bestehen nach wie vor die relativ schnell entstandenen Kooperationsbeziehungen zur Realisierung baulicher Veränderungen (Wohnungsbaugesellschaften, Stadtentwicklungsplanung usw.), aber es sind eine Reihe neuer Partner hinzugekommen, die das Angebot vervielfältigen.

Hier eine kleine Übersicht der in den Büros laufenden Aktivitäten mit und für den Stadtteil:

Abbildung 2: Stadtteilaktivitäten im FSTJ



Die Projekte wurden gefragt, was im letzten Jahr an gemeinsamen Aktivitäten im Stadtteil realisiert wurde. Von 80 Büros, die sich im letzten Förderjahr an der Befragung beteiligten, gaben 48 Qualifizierungsbüros an soziokulturelle Projekte realisiert zu haben. Darunter finden sich Theatertage, Kinomobile, Videoprojekte für den Stadtteil, Kurse für MigrantInnen an der VHS, Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit u. ä.

27 Büros arbeiteten im Stadtteil eng mit Kindergärten und Schulen zusammen. Darunter sind Projekte, die sich auf die Verschönerung der Spielplätze und Schulhöfe beziehen ebenso, wie gemeinsame Veranstaltungen oder Frühstücksangebote in Grundschulen für Kinder, die ohne Frühstück in die Schule kommen.

Einen großen Raum nehmen seit Beginn des Modellprogramms FSTJ die gemeinsam mit der sozialen Stadt initiierten Projekte zur baulichen Umgestaltung im Stadtteil (26 Projekte). Dabei wurden die TeilnehmerInnen direkt in bauliche Maßnahmen z.B. Abriss oder Sanierung von Objekten, Renovierungsarbeiten in öffentlichen Gebäuden usw. einbezogen. Neu- oder Wiederaufbau von Spielplätzen kam häufig vor und führte in der Regel auch

dazu, dass die Jugendlichen ein Auge auf die von ihnen gebauten Objekte hatten, was zu einem Rückgang von Zerstörungen auf den öffentlichen Spielplätzen in den Stadtteilen führte.

Ebenfalls 26 Büros gaben an, dass sie an Stadtteilsten aktiv beteiligt waren, d.h. Auf- und Abbau von Bühnen, Stellwänden, eigene Präsentationen, Veranstaltungen u. ä.

Renovierungsarbeiten wurden häufig in den eigenen Büros realisiert, darüber hinaus aber auch in den Jugendfreizeiteinrichtungen in den Stadtteilen, Kindergärten und Schulen.

Neben dem direkten Auf- oder Wiederaufbau von Spielplätzen wurden von einer Reihe von Projekten auch Patenschaften über diese Spielplätze übernommen, um so die länger Lebensdauer der Geräte zu sichern, aber auch um Zeichen zu setzen für das Projekt und die TeilnehmerInnen.

Eine Reihe von Büros, die von Konzept her Möglichkeiten boten, beteiligten sich an Veranstaltungen im Stadtteil, d.h. mit Theater- oder Tanzaufführungen, mit der Bereitstellung von Medien- oder Bühnentechnik oder indem Cateringaufgaben übernommen wurden. Damit gelang in der Regel den Jugendlichen auch, sich im Stadtteil mal ganz anders zu präsentieren und wahrgenommen zu werden.

15 Projekte geben eine sehr enge Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanager an, die dezidiert auch über einzelne Projektideen hinausgeht und auf strategische Zusammenarbeit beider Akteure angelegt ist.

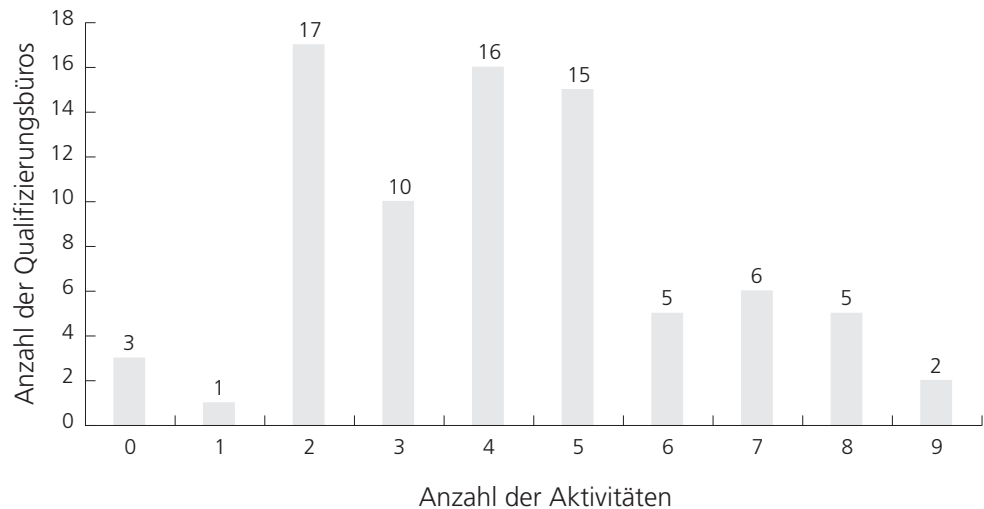
Jeweils 11 Projekte wirkten an der landschaftlichen oder künstlerischen Umgestaltung ihres Stadtteils mit. Diese Aktionen erfolgten vielfach ebenfalls im Rahmen und mit finanzieller Unterstützung des Programms "Soziale Stadt", da die Büros selbst sicher nicht die finanziellen Mittel für solche Umgestaltungsmaßnahmen hatten.

Lediglich 8 Büros gaben unter Stadtteilaktivitäten die Mitarbeit in Arbeitskreisen an. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Aufschlüsselung der Kooperationen gleich noch zeigen, dass die institutionelle Einbindung in den Stadtteilen höher ist, als man anhand dieser Grafik vermuten könnte. Darüber hinaus gab es noch eine Reihe weiterer Aktivitäten: Betreuungsleistungen für Kinder und ältere Menschen im Stadtteil, sportliche Angebote, Beteiligung an Stadtteilzeitungen, Zusammenarbeit mit Unternehmen im Stadtteil...

Es ist festzustellen, dass es bei den Aktivitäten im Stadtteil durchaus Unterschiede zwischen den einzelnen Standorten gibt, was einerseits dem Konzept zuzuschreiben ist, das sich unterschiedlich stark auf Projektrealisierungen zuspitzt, aber auch den allgemeinen Rahmenbedingungen vor Ort. Nicht in jedem Ort gelang eine gute Verschränkung mit dem Programm "Soziale Stadt", die Projekte im Stadtteil zuließ. Und diese Rahmenbedingungen spiegeln sich in der konkreten Projektarbeit sehr deutlich wider. Es zeigt sich unter anderem auch an der Anzahl von Projektaktivitäten, die im Rahmen eines Förderjahres umgesetzt wurden.

Abbildung 3: Stadtteilaktivitäten pro Projekt

Stadtteilaktivitäten pro Projekt



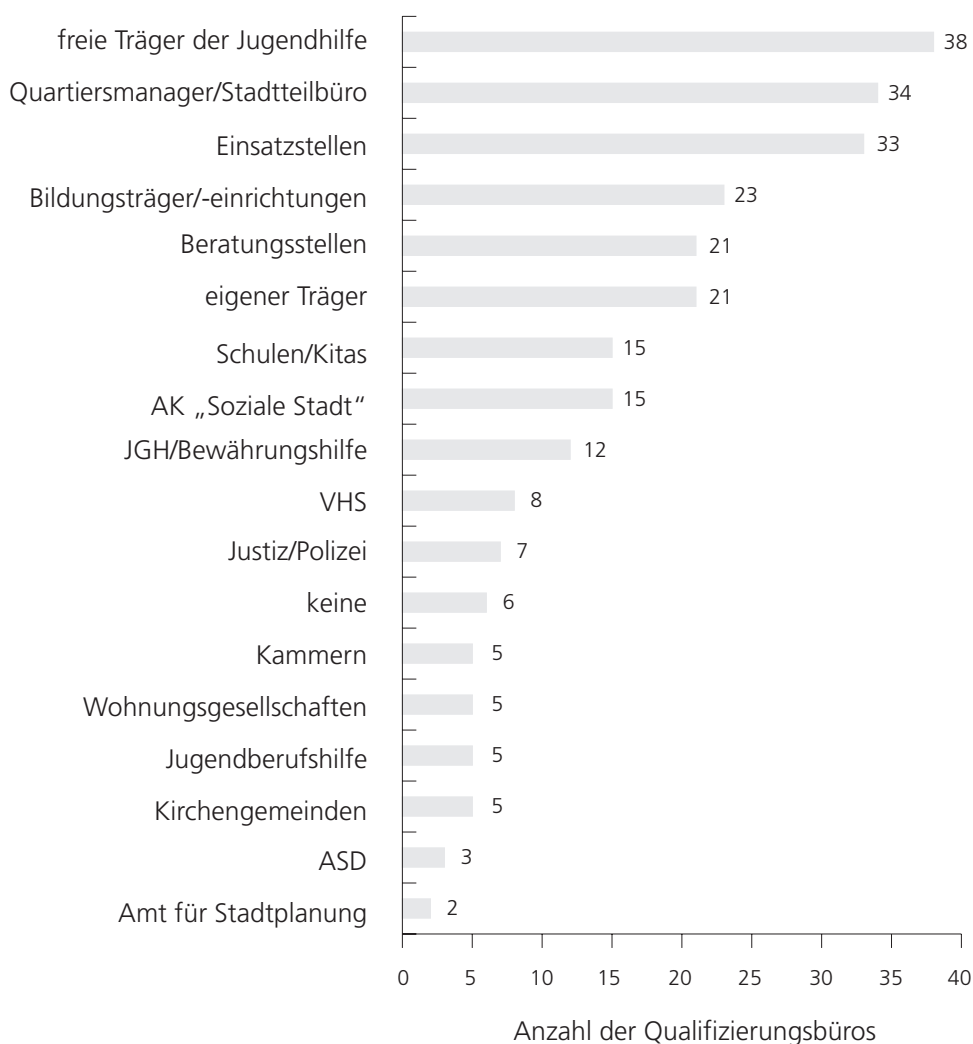
Es ist sehr deutlich zu sehen, dass die Mehrzahl der Büros zwischen 2 und 5 Projekte bzw. Aktivitäten im Stadtteil angeben. Es gibt aber auch 3 Projekte, die in keiner Weise im Stadtteil aktiv waren. Diese 3 gehören jedoch zu den Büros der zweiten Förderphase und es kann sein, dass dort die Zeit einfach zu kurz war, um Projekte zu realisieren.

Über die gesamte Phase der Modellförderung wurde deutlich, dass Kooperation und Vernetzung nicht nur günstige Ausgangsbedingungen benötigen, sondern auch Zeit, um zu wachsen und nachhaltige Veränderungen im Bewusstsein aller beteiligten Akteure zu erreichen.

Wie sahen jetzt die Kooperationsbeziehungen der Büros im Einzelnen aus? Neben den verpflichtenden Kooperationspartnern wie Bundesagentur für Arbeit und Jugendamt gaben die Büros eine ganze Reihe Partner an, die für die Realisierung des Konzeptes des FSTJ wichtig waren und zur Verbesserung des Angebotes für die Jugendlichen vor Ort genutzt wurden.

Abbildung 4: Kooperationspartner der Qualifizierungsbüros

Kooperationspartner der Qualifizierungsbüros



Die Abbildung zeigt, dass die Qualifizierungsbüros vor allem mit anderen freien Trägern der Jugendhilfe kooperierten und mit den Quartiers- bzw. Stadtteilmanagern der Standorte. Bereits bei den Aktivitäten im Stadtteil zeigte sich ja, dass ein Großteil dieser im Rahmen bzw. mit finanzieller Unterstützung der ‚Sozialen Stadt‘ geschah. Um dies vorzubereiten und umzusetzen ist die Zusammenarbeit mit den Quartiersmanagern unerlässlich.

Als nächstes werden natürlich die Einsatzstellen als zentrales Element des FSTJ genannt, ohne diese wäre das gesamte Konzept der Förderung der Jugendlichen nicht aufgegangen. Für viele Büros war diese Zusammenarbeit wahrscheinlich so selbstverständlich, dass sie hier gar nicht gesondert genannt wurden. Da alle Büros Kontakte mit Einsatzstellen auf dem ersten Arbeitsmarkt hatten, müsste hier eigentlich eine 80 stehen.

Im FSTJ gab es die Möglichkeit die Jugendlichen nicht nur zeitlich flexibel in die Einsatzstellen zu bringen, sondern gemeinsam mit den Einsatzstellen zu überlegen, wo gibt es Bedarf an Qualifizierung, der durch die Einsatzstel-

len oder extern gedeckt werden kann, der aber am Ende sowohl dem Jugendlichen als auch der Einsatzstelle zugute kommt, indem nach erfolgreicher Qualifizierung erweiterte Aufgabenbereiche durch den Jugendlichen abgedeckt werden konnten. Diese Verzahnung zwischen Qualifizierung, Praxis in den Einsatzstellen und Persönlichkeitsentwicklung des Jugendlichen gelang nicht immer und überall, aber die Chance dazu wurde in manchen Orten gut genutzt.

Doch zurück zu den Kooperationspartnern. Sehr häufig wurden nach den Einsatzstellen vor allem Bildungsträger und Beratungsstellen genannt. Vor dem Hintergrund, dass den Jugendlichen Qualifizierungen angeboten werden sollten und diese nicht allein durch die Qualifizierungsbüros abzudecken waren, überrascht die Zahl der Nennungen nicht.

Ähnlich sieht dies bei den Beratungsstellen aus. Die vielfach komplexen Problemlagen, mit denen die Jugendlichen in das FSTJ kamen, konnten durch die MitarbeiterInnen in den Büros nicht allein bewältigt werden. Häufig wurden Drogen- bzw. Suchtberatungsstellen benötigt oder aber Schuldenberatung in Anspruch genommen. Für die Arbeit im präventiven Bereich gab es aber auch häufig Zusammenarbeit mit Familienberatungsstellen, Ernährungsberatung u. ä.

Ebenso häufig wie Beratungsstellen wurden auch die eigenen Träger als Kooperationspartner genannt, gemeint sind damit andere Projekte oder Maßnahmen beim Träger, die eine Zusammenarbeit als sinnvoll erscheinen ließ.

Fast so häufig sind Kooperationen mit Kindertagesstätten und Schulen. Dies ergibt sich durch die vielen praktischen Projekte, die durch die TeilnehmerInnen dort realisiert wurden.

Auf einer etwas höheren Ebene liegen die Kooperationen im Rahmen der AK ‚Soziale Stadt‘, in die 15 Projekteangaben eingebunden zu sein. Hier gibt es einen engen Zusammenhang. Dort, wo die Einbindung auf der Ebene des Arbeitskreises gelungen ist, finden wir auch verstärkt Stadtteilaktivitäten mit finanzieller Unterstützung der ‚Sozialen Stadt‘. Diese Gremienarbeit zahlt sich also doppelt aus, einmal für den Stadtteil, indem Projekte umgesetzt werden, die das Umfeld der Bewohner verbessern, auf der anderen Seite für die Jugendlichen, indem sie an Projekten mit Ernstcharakter arbeiten und sie eine bessere Integration in den Stadtteil erfahren. Nicht zuletzt wurden mit vielen dieser Projekte auch konkrete Qualifizierungsmaßnahmen durch die Träger verbunden.

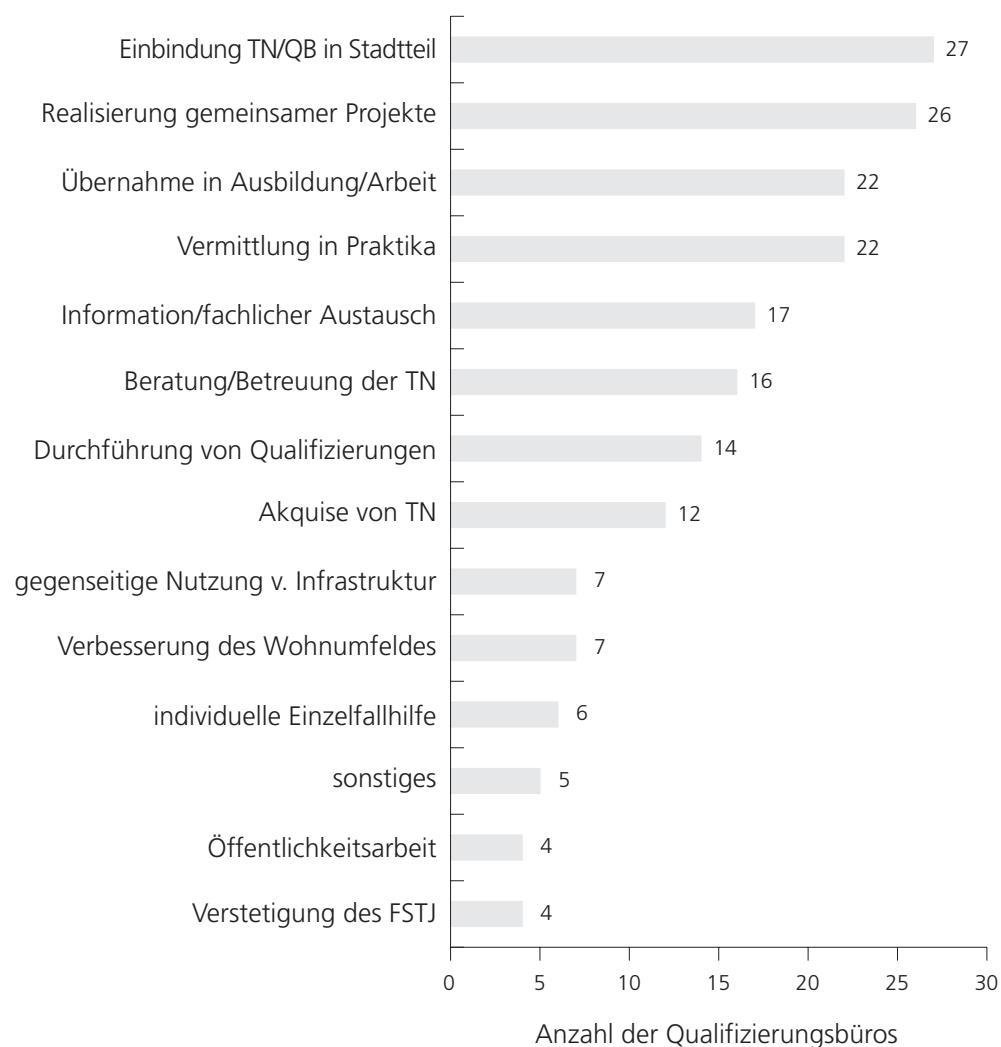
Standort- und konzeptabhängig wurden als weitere Kooperationspartner genannt. VHS, Jugendgerichtshilfe/Bewährungshelfer, Justiz und Polizei, Wohnungsbaugesellschaften, Jugendberufshilfe, Kammern und Kirchengemeinden.

So verschieden wie die Kooperationspartner sind natürlich auch die Zielstellungen, die mit einer Kooperation verbunden werden. Auch unsere Büros verbanden sehr konkrete Interessen mit ihrer Kooperation oder Vernetzung.

Im Folgenden sind die Zielstellungen etwas strukturiert dargestellt:

Abbildung 5: Zielsetzung der Kooperation

Zielsetzung der Kooperation



Die meisten Nennungen bei der Zielsetzung von Kooperation beziehen sich auf die Einbindung der TeilnehmerInnen bzw. des Qualifizierungsbüros in den Stadtteil. Vor dem Hintergrund, dass viele Träger des FSTJ auch schon vor dem Beginn des Projektes in den Stadtteilen tätig waren, zeigt sich, dass vor allem die Integration der benachteiligten Jugendlichen in ihren Sozialraum als wesentliches Anliegen des FSTJ verstanden und auch umgesetzt wurde, wenn auch mit unterschiedlicher Ausprägung. Die Realisierung gemeinsamer Projekte steht damit in direktem Zusammenhang, da die Bindung der Jugendlichen an ihren Stadtteil vor allem durch projektformige Organisation gestärkt werden sollte.

Gefolgt werden diese Nennungen von zwei wesentlichen Aspekten, der Übernahme der TeilnehmerInnen in Arbeit nach Beendigung der Maßnahme und die Vermittlung in Praktika, die meist eine Voraussetzung für

eine spätere erfolgreiche Vermittlung darstellt. Dort wo die Büros mit ihren TeilnehmerInnen sehr nah am 1. Arbeitsmarkt agierten, gestaltete sich auch die Vermittlung nach dem FSTJ häufig erfolgreicher mit Übernahme in Ausbildung oder Arbeit.

Entsprechend der Zahl der Nennungen bei den Kooperationspartnern finden wir als nächste Zielsetzungen den fachlichen Austausch, die Beratung und Betreuung von TeilnehmerInnen sowie die Umsetzung von Qualifizierungen. Diese Leistungen konnten in ihrer Vielfalt nicht in den Büros selbst erbracht werden, sondern es wurden problembezogen bzw. bedarfsbezogen Partner gesucht, mit denen gemeinsam daran gearbeitet wurde.

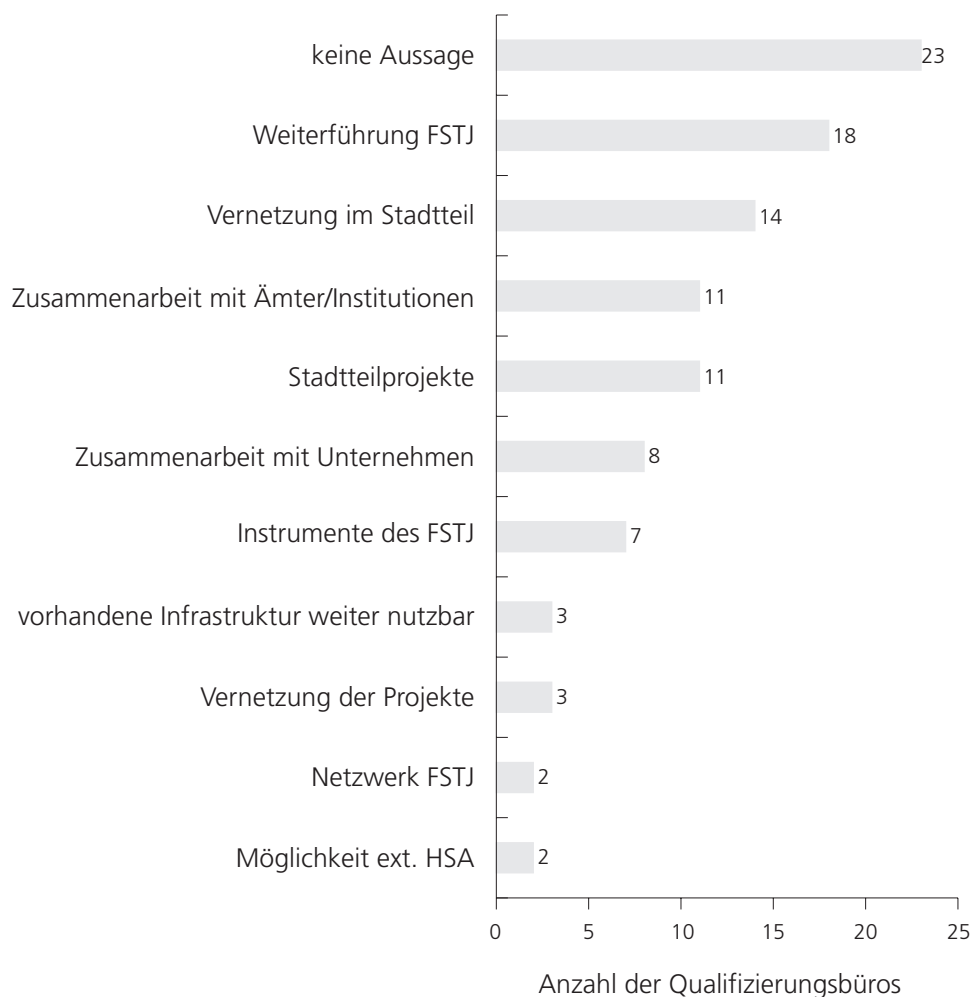
Auch für die Akquisition von TeilnehmerInnen wurde in einzelnen Standorten mit vielen Partnern kooperiert, um dem Anspruch gerecht zu werden, die Jugendlichen zu erreichen, die man ansonsten nicht mehr mit herkömmlichen Maßnahmen und Institutionen erreicht (z.B. Bundesagentur usw.). Vor allem Projekte, die ein eher aufsuchendes Konzept verfolgten, arbeiteten eng mit z. B. streetwork, offenen Jugendtreffs usw. zusammen.

Des Weiteren wurden genannt gegenseitige Nutzung von Infrastruktur, Einzelfallhilfe, Wohnumfeldverbesserungen, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Verstärkung des FSTJ.

Nun wird ja sehr gern nach der Nachhaltigkeit von Modellprogrammen gefragt bzw. was bringen Sie? Wir haben unsere Büros gefragt, ob es etwas gibt, was sie nach Beendigung der Modellphase für die weitere Arbeit nutzen können und eine große Anzahl von Büros hat uns darauf auch geantwortet.

Abbildung 6: Nachhaltigkeit des Modellprogramms

Was können Sie nach Ende der Modellphase für Ihre Arbeit nutzen ?



23 Projekte machten zu dieser Frage keine Aussage. 18 Büros gaben an, dass sie das FSTJ im Rahmen der Aktivierungshilfen weiterführen werden, wenn auch mit veränderten Konditionen.

Die nächsten vier Nennungen richten sich alle auf den Erhalt von Kooperationsbeziehungen, die im Verlauf des FSTJ aufgebaut wurden, die man aber für andere Projekte oder Arbeiten aktiv weiter betreiben möchte. Zuerst die Vernetzung im Stadtteil, die viele Büros als wesentlich für die Arbeit mit Jugendlichen in sozialen Brennpunkten halten. Gefolgt von der Kooperation mit Ämtern und Institutionen, die auch im FSTJ einen wesentlichen Garant für den Erfolg der Maßnahme darstellte. Hierbei ist besonders zu betonen, dass es dabei nicht nur um bilaterale Kooperationen handelte, sondern vielfach um kleine Steuerungsrunden, die themenbezogen aus den einzelnen Ämtern besetzt wurden und das FSTJ betreuten.

Viele Büros haben Projekte entwickelt, die auch unabhängig vom FSTJ lauffähig sein können und deshalb auch weiter Bestand haben bzw. über andere Förderung aufgefangen werden können.

Die Zusammenarbeit mit Unternehmen benannten besonders die Träger als erhaltenswert, die im Bereich der Jugendberufshilfe tätig sind und auch dort bleiben wollen. Diese können auch künftig nur erfolgreich arbeiten, wenn die Zusammenarbeit mit Unternehmen sogar noch intensiver gestaltet wird als bisher.

Instrumente des FSTJ weiter zu nutzen gaben vor allem diejenigen an, die eine Weiterführung des FSTJ noch nicht realisieren können, sich aber im Umfeld der neuen Förderstruktur der BA mit Fallmanagement oder Assessmentcenter-Verfahren weiter ins Gespräch bringen werden.

Darüber hinaus werden natürlich alle Träger die vorhandene Infrastruktur des FSTJ in weiteren Projekten oder Maßnahmen nutzen können, angegeben wurde dies explizit nur von 3 Projekten.

Die im FSTJ entstandenen regionalen Netzwerke werden vor allem für die Projekte von weiterer Bedeutung sein, die weiter geführt werden, wo es also weiterhin Informations- und Austauschinteresse gibt (z.B. Berlin mit mehreren Projekten, Mecklenburg-Vorpommern mit 4 Projekten).

Vereinzelt schaffen Träger auch Angebote, die im FSTJ entwickelt wurden, wie der Externe HSA an ihren Standorten abgesichert durch andere Förderung zu erhalten.

Ein Programm wie das FSTJ kann eine ganze Reihe von Kooperationen hervorbringen bzw. befördern. Zur Umsetzung von Programmen ist immer mehr eine Zusammenarbeit ganz unterschiedlicher Akteure notwendig, will man sie zum Erfolg bringen. Und dies ist auch das Credo aus unserer wissenschaftlichen Begleitung. Projekte waren dann erfolgreich bei der Umsetzung, wenn sie es geschafft haben sehr individuell mit den Jugendlichen zu arbeiten, die Problemlagen sehr passgenau zu bearbeiten und um dies zu realisieren sehr zielgerichtet mit Institutionen, Unternehmen, Ämtern und anderen Trägern zu kooperieren und zwar zum gegenseitigen Nutzen. Davon profitieren die Jugendlichen, die Kooperationspartner, die Stadtteile und nicht zuletzt die Menschen, die in diesen Stadtteilen leben.

Literatur

Förster, H./Kuhnke, R./Mittag, H./Reißig, B. (2002): Das freiwillige soziale Trainingsjahr – Bilanz des ersten Jahres. München/Leipzig: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitspapier 1/2002 aus dem Forschungsschwerpunkt Übergänge in Arbeit

Kreher, T./Oehme, A. (2002): Wie entwickeln Jugendliche in Beschäftigungsmaßnahmen Kompetenz? In: Sozial extra Juli/August 2002, S. 27-31

Projektgruppe "Netzwerke im Stadtteil" (2004): Sozialräumliche Vernetzung und Kooperation in den Gebieten des Programmes E&C. Ergebnisse der ersten Phase der wissenschaftlichen Begleitung. München

Editha Marquardt/ Heike Förster

Vom Konzept zur praktischen Arbeit – Ergebnisse einer Vergleichsuntersuchung in drei ausgewählten Standorten des FSTJ ⁸

Dieser Artikel ist ein Ergebnis des 6-monatigen Forschungsaufenthaltes von Editha Marquardt, die im Rahmen des DJI-Stipendiums in unserem Forschungsprojekt "Wissenschaftliche Begleitung des Freiwilligen Sozialen Trainingsjahr" tätig war ⁹.

In der Zeit von Oktober 2003 bis März 2004 entwickelte sie ein Raster, durch das die Konzeptionen der im Jahr 2002 neu ins Modellprogramm FSTJ aufgenommenen Projekte kategorisiert und differenziert werden können (vgl. Marquardt 2004).

In einem zweiten Schritt ging es darum nachzuweisen, ob sich die dort widerspiegelten Unterschiede in der Durchführung der konkreten Maßnahmen tatsächlich niederschlagen. Um diesen Fragen nachzugehen, sollte die Umsetzung der geplanten und beantragten Projekte untersucht werden. Dazu wurde die Arbeit dreier am FSTJ beteiligter Projekte in Form von Fallstudien genauer analysiert, indem die konkrete Durchführung der Maßnahme mit dem eingereichten Konzept verglichen wurde. Bei der Auswahl der begutachteten Qualifizierungsbüros wurden unterschiedliche Ansätze berücksichtigt.

Auswahlkriterien

Als Grundlage der Evaluation dienen die eingereichten Konzepte. Aus diesem Material lassen sich fünf wichtige Bereiche explorieren, anhand derer die einzelnen Vorhaben zu charakterisieren und ihre Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten zu erfassen sind. Untersucht man nun die Anträge nach diesen Bereichen, werden nicht alle Inhalte, sondern nur die zu ihrer Charakterisierung wesentlichen Punkte berücksichtigt, mit deren Hilfe man die Projekte ausreichend beschreiben kann.

Folgende fünf Kriterien wurden aus den Texten abgeleitet. Zunächst ist jedes Vorhaben von äußeren Rahmenbedingungen abhängig, die die Erfolgchancen der Projekte beeinflussen. Dazu gehören neben der Struktur die Standortbedingungen der Qualifizierungsbüros, die je spezifische Arbeitsumstände hervorrufen. Die einzelnen Vorhaben sind gekennzeichnet durch die Setzung

⁸ Diese Beitrag ist ein Nachdruck des Beitrages der Autoren aus dem FSTJ-Newsletter 9/2004, der hier aufgenommen wurde, um ein Publikum zu erreichen, das auch unabhängig vom Modellprogramm FSTJ an Evaluation von Maßnahmen interessiert ist.

⁹ Die Langfassung mit einer sehr ausführlichen Darstellung der drei Fälle mit ihren Konzepten und den Anpassungen im Verlaufe des Projektes ist als eigenständiges Arbeitspapier 2/2004 beim DJI in Halle verfügbar. Die Standorte wurden anonymisiert, die Ergebnisse der Fallstudien lagen den Projekten zur Freigabe vor.

der Bildungsschwerpunkte, die konkrete Arbeit und die geplanten Einsatzstellen, die im Zusammenhang mit der anvisierten Zielgruppe stehen. Zur Beurteilung der Kriterien lassen sich verschiedene Indikatoren heranziehen. Auch diese wurden explorativ aus dem vorhandenen Material gewonnen. Ihre Erarbeitung wurde von der Frage bestimmt, worin die Ansätze der Projekte und ihre Arbeit differieren.

Tabelle 1: Kriterien zur Typologisierung der Qualifizierungsbüros (QB)

Rahmenbedingungen	Zielgruppe	Arbeit des QB	Bildungsschwerpunkte	Einsatzstellen
Struktur des QB: Betreuer	Charakter	Stadtteilbezug	Qualifizierung (mit Zertifikat)	Bereich: eigenes Projekt
Größe	Heterogenität	Phasenmodell		Trägereinsatzstellen
Vernetzung			berufliche oder schulische Bildung	1. Arbeitsmarkt
Erfahrung Träger	Schwerpunkt auf bsonderen Gruppen	Erfolgskontrolle Anwesenheitstage im QB	sozialpäd. Konzepte	Akquise
Standortbedingungen: Quartier Bedarf Arbeitsmarkt	Akquise		Vorbereitung auf Arbeitswelt	

Auf der Grundlage dieser Kriterien können die einzelnen Projekte beschrieben werden, um eine Klassifikation zu erstellen. An dieser Stelle kann jedoch nicht umfassend auf alle Projekte eingegangen werden, sondern das Schema findet nur hinsichtlich der drei Fallbeispiele seine vollständige Anwendung. Allerdings sollen einige der herausgearbeiteten Merkmale als Selektionskriterien für die Entscheidung dienen, welche Qualifizierungsbüros für die vorliegende Studie herangezogen werden. Damit wird eine systematische Auswahl gewährleistet, die besonders wichtig ist, weil zum einen nur drei Projekte analysiert werden können und beispielhaft für die gesamte Zahl der Qualifizierungsbüros stehen sollen, zum anderen, weil die Untersuchung auch eine verallgemeinerbare Vorgehensweise testet, die in einfacher Form auch für weitere Büros eingesetzt werden kann. Darüber hinaus ermöglichen die Kriterien die Vergleichbarkeit der ausgewählten Projekte.

Da sich die vorliegende Untersuchung auf die Evaluierung der Konzepte von drei Qualifizierungsbüros beschränkt, erscheint es plausibel, zunächst solche auszuwählen, die sich nicht einigen speziellen Bedingungen widmen, sondern allgemeiner die Ziele des FSTJ verfolgen. Deshalb müssen sich die gewählten Projekte auch nicht in allen Merkmalen voneinander unterscheiden, um aus dem Vergleich der Beispiele ebenfalls Erkenntnisse gewinnen zu können. Zur Selektion der Qualifizierungsbüros werden für die verschiedenen Kriterien nur einzelne Indikatoren herangezogen, während die Rahmenbedingungen ebenso wie auch die Arbeit im Qualifizierungsbüro hierfür außer Acht gelassen werden.

Tabelle 2: Auswahlkriterien bezogen auf die gewählten Qualifizierungsbüros

	Heterogene Zielgruppe	HSA	Schwerpunkt Einsatzstellen	2. QB des Trägers	Alte Bundesländer
Ort A	ja	ja	Träger	ja	nein
Ort B	ja	nein	eigenes Projekt	nein	ja
Ort C	ja	ja	1. Arbeitsmarkt	ja	ja

Da eine ausführliche Darstellung der drei Fallbeispiele hinsichtlich der Konzeptlage, der tatsächlichen Erfahrungen in der Projektarbeit nach einem Jahr im Rahmen dieses Artikels nicht zu leisten ist, wird hier nur auf den Vergleich der Konzeptanpassungen eingegangen.

Vergleich der Konzeptanpassungen

Ein Vergleich der Konzepte der drei untersuchten Qualifizierungsbüros zeigt, dass in allen die Vermittlung von Erfahrungen in der realen Arbeitswelt im Mittelpunkt steht. Der zur Umsetzung gewählte Weg unterscheidet sich jedoch grundlegend in den Anfangsbedingungen. Keiner der drei Projektanträge gibt Auskunft darüber, wie die Gewinnung von Einsatzstellen konkret durchgeführt werden soll. Demnach scheinen im Vorfeld nur sehr ungenaue Vorstellungen darüber zu bestehen und man verlässt sich hier auf das Engagement der Mitarbeiter.

In allen Fallbeispielen erwies es sich als notwendig, in der praktischen Arbeit Konzeptanpassungen vorzunehmen. Trotzdem blieb insgesamt jeweils das ursprüngliche Konzept erhalten, die Veränderungen betreffen verschiedene einzelne Punkte des Programmes.¹⁰ Allerdings unterscheidet sich der Grad der Anpassungen. So wurden besonders in Ort A Veränderungen erforderlich, obwohl oder vielleicht weil hier auf die Erfahrungen eines ersten FSTJ-Projektes des Trägers aufgebaut wurde. In Ort A lagen dann jedoch andere Rahmenbedingungen vor sowie eine gänzlich andere Zielgruppe. Ein anderer Grund besteht in diesem Fall darin, dass alle Projektmitarbeiter erst zum Start des FSTJ eingestellt wurden und demnach nicht an der Konzeptentwicklung beteiligt waren.

Trotz der Unterschiede stellt sich nun die Frage nach Mustern in den vorgenommenen Anpassungen, denn sie treten nicht in allen Bereichen, nach denen die Projekte untersucht wurden, gleichermaßen auf. Aus diesen Betrachtungen lassen sich dann Schlussfolgerungen darüber ziehen, welche Kriterien besonders aussagefähig für die Auswahl unter sich bewerbenden Projekten sind. Zur besseren Übersicht sollen die Ergebnisse zunächst tabellarisch zusammengefasst werden.

¹⁰ Es gibt andere Beispiele, die weniger Kontinuität aufweisen, v.a. im Zusammenhang mit Trägerwechseln, nach denen so umfassende Neuorientierungen und auch Mitarbeiterwechsel vorgenommen wurden, dass die eigentlichen Vorhaben nicht mehr wieder erkennbar sind.

Tabelle 3: Bereiche der wichtigsten Konzeptanpassungen in der tatsächlichen Arbeit

QB	Ort A	Ort B	Ort C
1. Rahmenbedingungen			
a) Struktur: Mitarbeiter	Erhöhung der Ausbilderstellen	Erhöhung des Personals	Einsparung des Fachleiters nach einem Jahr
Größe	keine Veränderungen	Kürzung der Teilnehmerzahl durch das Arbeitsamt	keine Veränderungen
Vernetzung	keine Veränderungen	keine Veränderungen	sehr dicht durch die Person des Projektleiters
Erfahrungen	weniger nutzbar als vorgesehen	keine Veränderungen	keine Veränderungen
b) Standort: Charakter des Quartiers	keine Veränderungen	keine Veränderungen	keine Veränderungen
Bedarf	keine Veränderungen	keine Veränderungen	keine Veränderungen
Arbeitsmarkt	keine Veränderungen	keine Veränderungen	keine Veränderungen
2. Zielgruppe			
Charakter	<ul style="list-style-type: none"> · Schwerpunkt delinquente Jugendliche · keine Aussiedler mehr als Problemgruppe · geringer Frauenanteil 	geringer Frauenanteil	geringer Frauenteil
Akquise	starke Einengung gegenüber dem Konzept - nur durchs Arbeitsamt	<ul style="list-style-type: none"> · nicht im Konzept ausgeführt · breite Akquise 	keine Veränderungen
3. Arbeit des Qualifizierungsbüros			
Stadtteilbezug	keine Veränderungen	keine Veränderungen	separate Räume, nicht im Nachbarschaftshaus
Phasenmodell	<ul style="list-style-type: none"> · nicht durchführbar · ein Anwesenheitstag im Qualifizierungsbüro beibehalten 	Anpassung des Phasenmodells an individuelle Bedürfnisse	keine Veränderungen
Arbeit im QB	ständig zwei Praxisprojekte im Angebot	keine Veränderungen	zwei Gruppen nach den schulischen Vorkenntnissen, diese werden unterschiedlich stark unterrichtet
Erfolgskontrolle	<ul style="list-style-type: none"> · vierteljährlicher Kontakt mit Berufsberaterin des Arbeitsamtes · Besprechungen in Kleingruppen über Erfolge und Stand des Einzelnen 	Einzelgespräche aller 6-8 Wochen	Aufgabenerfüllung wird kontrolliert
4. Bildungsschwerpunkte			
Qualifizierung	<ul style="list-style-type: none"> · HSA nur geringe Rolle · breitere Möglichkeiten in beruflicher Qualifizierung 	<ul style="list-style-type: none"> · HSA ins Anebot aufgenommen, aber geringer Stellenwert · Möglichkeit der VHS- und Trägerzertifikate nicht umgesetzt 	Erweiterungen in beruflicher Hinsicht
berufliche Bildung	eigene Holzwerkstatt	keine Veränderungen	keine Veränderungen

schulische Bildung	<ul style="list-style-type: none"> · Stützunterricht v.a. in Form von Projekten · Unterricht zum HSA-Erwerb nur in den Fächern Deutsch und Mathematik, Ergänzung zum Angebot der kooperierenden Schule 	Unterricht nur in drei Fächern als Ergänzung zum Angebot der kooperierenden Schule	keine Veränderungen
sozialpäd. Förderung	<ul style="list-style-type: none"> · im Konzept nur Ziele und Ansätze der Problemhilfe · Konkretisierung durch Kooperation mit Schuldnerberatung, Bewährungshilfe, Drogenberatung 	<ul style="list-style-type: none"> · kein direktes Konzept umgesetzt · Vorbereitung auf Arbeitsanforderungen im Mittelpunkt 	keine Veränderungen
Vorbereitung auf Arbeitswelt	<ul style="list-style-type: none"> · Qualifizierungspass nicht umgesetzt · Konkretisierung des Bewerbungstrainings · Arbeit in Kleingruppen mit Stützlehrer · Training mit professionellem Berater 	Erstellung von Wochenberichten als Training für kontinuierliches Arbeiten nicht umgesetzt	<ul style="list-style-type: none"> · Erweiterung des Unterrichts um Berufskunde · Bewerbungstraining und Erstellen von Bewerbungsunterlagen
5. Einsatzstellen			
eigenes Projekt	eigene Projektgruppe	keine Veränderungen	keine Veränderungen
Träger	Einsatzstellen nicht genutzt	kaum genutzt	keine Veränderungen
Stadt	Praktikumsstellen nicht genutzt	Praktika in sozialen Einrichtungen für noch nicht arbeitsmarktfähige Jugendliche	keine Veränderungen
1. Arbeitsmarkt	<ul style="list-style-type: none"> · Hauptziel · wichtigster Bereich der praktischen Arbeit 	<ul style="list-style-type: none"> · hoher Stellenwert, aus dem Konzept so nicht erkennbar · möglichst alle Jugendlichen 	keine Veränderungen
Akquise	<ul style="list-style-type: none"> · im Konzept nicht ausgeführt · persönliche Kontaktaufnahme der Mitarbeiter · Stellenpool 	<ul style="list-style-type: none"> · im Konzept nicht ausgeführt · erfolgt durch Mitarbeiter und Eigeninitiative der Teilnehmer · Stellenpool 	<ul style="list-style-type: none"> · im Konzept nicht ausgeführt · durch Jugendliche und Mitarbeiter sowie Rückgriff auf Pool
Nachbetreuung	im Konzept nicht ausgeführt	<ul style="list-style-type: none"> · im Konzept nicht ausgeführt · noch keine Erfahrungen 	<ul style="list-style-type: none"> · im Konzept nicht ausgeführt · wird stark strukturiert

Bei den Rahmenbedingungen gibt es nur wenige Veränderungen. Das bedeutet, dass der Standort in den Konzepten korrekt beschrieben wurde und innerhalb des Jahres keine wesentlichen Veränderungen stattfanden. Inwieweit die jeweils vorgesehene Vernetzung tatsächlich umgesetzt wurde, kann auch nach einem Besuch der Einrichtungen nicht umfassend beurteilt werden. Doch die starke Einbindung in ein Netzwerk sozialer Einrichtungen und in den Stadtteil wurde in allen Fällen sichtbar. Die Büros kooperieren mit verschiedenen Organisationen und Institutionen, wobei im Interview nicht immer genau die genannt werden, auf die im Antrag verwiesen wurde. Das muss aber nicht bedeuten, dass hier gar keine Zusammenarbeit stattfindet, sondern im Interview beschränken sich die Angaben auf die wichtigen Partner, während im Konzept erst einmal die bekannten Einrichtungen aufgezählt wurden.

Die wichtigsten Veränderungen bei den Rahmenbedingungen fanden auf der Ebene der Mitarbeiter statt und sind in allen drei Büros zu verzeichnen. In zwei Fällen wurde das Personal in Relation zum Antrag erhöht, womit auf

den realen Bedarf für die Arbeit, die sehr verschiedene Bereiche umfasst, reagiert werden konnte. Zu einer Beschränkung der Mitarbeiter kam es im dritten Fall, als Reaktion auf finanzielle Engpässe. Diese Resultate verweisen auf die Schwierigkeiten, die benötigte Mitarbeiterzahl genau zu planen, damit sie den tatsächlichen Erfordernissen entspricht, zugleich aber auch, dass es Spielräume bei der Umsetzung gibt. Diese Spielräume ergeben sich insbesondere aus der Zusammenarbeit mehrerer Träger, durch die Ressourcen mit genutzt werden können und aus der Nutzung weiterer Finanzierungsmöglichkeiten (Ort B). Auf diese Weise können auch Einschnitte abgefedert werden wie im Fall C.

Einige Veränderungen zeichnen sich hinsichtlich der Zielgruppe ab. Alle Projekte haben einen geringen Frauenanteil zu verzeichnen, obwohl keine Bevorzugung männlicher Jugendlicher geplant war. In einem Projekt versucht man, mit einem neuen Mädchenangebot auf diese Situation zu reagieren. Alle Qualifizierungsbüros haben es geschafft, eine heterogene Zielgruppe anzusprechen. Außerdem gibt es in Ort A eine Schwerpunktsetzung in Bezug auf straffällig gewordene Jugendliche, mit denen verstärkt gearbeitet wird. Damit reagiert man auf die konkreten Gegebenheiten vor Ort. Die Akquise von Teilnehmern wurde im Vorfeld der Projekte nicht intensiv bedacht und in den Anträgen nicht ausgeführt oder anders geplant. Nur in Ort C, wo man sich auf die Kenntnisse eines weiteren Projektes stützte, findet sie so statt wie vorgesehen. Die anderen beiden Anträge sind in dieser Hinsicht nicht sehr aussagekräftig für die dann stattfindende Arbeit.

Eine starke Anpassung erfolgt in den drei Bereichen, die die konkrete Arbeit betreffen, zum einen die Arbeit im Qualifizierungsbüro selbst, zum anderen die Bereiche Bildungsschwerpunkte und Einsatzstellen. Diese Tendenz zeigt, dass die Konzepte hier nicht so aussagekräftig sind, wie es zu wünschen wäre, sind doch gerade die Angaben in diesen drei Bereichen ausschlaggebend für die Bewertung der zu erwartenden Arbeit.

Auf sichereren Grundlagen beruhen die Aussagen zum Stadtteilbezug, die auch in der Regel umgesetzt werden. Das ist ein bedeutender Punkt, besteht doch im sozialräumlichen Bezug ein Hauptanliegen des FSTJ. Dieser Indikator eignet sich also gut zur Beurteilung eines Projektes. Schwieriger hingegen ist das Verhältnis zum Phasenmodell. Phasenmodelle wirken sehr gut in den Konzepten, sie spiegeln die Beschäftigung mit den Anforderungen des Programms wider – lassen sich jedoch offensichtlich nicht leicht in die Praxis umsetzen. Zwei Anträge entwickelten ein solches Modell, doch nur in einem Fall wird es überhaupt angewandt, unter genauer Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Teilnehmer. Für die ganze Gruppe lässt es sich nicht einsetzen. Damit sagen die Phasenmodelle wenig über die zukünftige Arbeit der Projekte aus.

Weiterhin zeigt der Vergleich, dass nicht alle Vorhaben in den Konzepten verschriftlicht werden, sondern es gibt offensichtlich Qualitätsunterschiede zwischen den einzelnen Antragstellern. Nur in einem Fall gibt es keine Veränderungen bezüglich der konkreten Arbeit im Qualifizierungsbüro selbst. Der Antrag enthält eine detaillierte Beschreibung des Vorhabens, das dann auch recht genau umgesetzt wurde. Diese Nähe zwischen Konzept und Rea-

lität beruht vielleicht auf der Tatsache, dass hier auf eine bereits vorhandene Einrichtung, das Netcafé, das auch zuvor für Berufshilfemaßnahmen genutzt wurde, für das neue Projekt zurückgegriffen werden konnte. Der Besuch bei den anderen beiden Büros erbrachte hingegen Besonderheiten, die nicht im Konzept standen, obwohl sie offensichtlich bereits von Anfang an so geplant waren. Dazu gehört das Angebot zweier Praxisangebote durch das Qualifizierungsbüro selbst im Fall A und die Unterrichtung der Jugendlichen in zwei Gruppen je nach der bisherigen schulischen Bildung in Ort C. Auch die Frage nach der Erfolgskontrolle, die in den Anträgen meist mit dem Verweis auf die Förderpläne abgegolten und nicht weiter ausgeführt wird, spielt in der praktischen Arbeit eine wichtige Rolle. Alle Projekte bildeten Strategien aus, um die Entwicklung der Teilnehmer zu verfolgen und auf deren Motivation einzuwirken.

Starke Differenzen gegenüber den ursprünglichen Konzepten weisen die Projekte im Bereich der Bildungsschwerpunkte auf, wodurch sie sich untereinander mehr angleichen. Hinsichtlich der Möglichkeiten, zertifizierte Qualifizierungen zu erlangen, gibt es in den drei Qualifizierungsbüros Veränderungen, womit offensichtlich auf die Bedürfnisse der Jugendlichen reagiert wird. So haben nun alle den Erwerb des Hauptschulabschlusses in ihrem Angebot. Diese Aussage verbirgt allerdings die Differenzen, denn der Hauptschulabschluss spielt in Orten A und B weiterhin eine geringe Rolle, während er in Ort C im Mittelpunkt steht. Die Palette beruflicher Qualifizierungen wurde in Ort A und C deutlich erweitert, hier versucht man, externe Abschlüsse wie Gabelstapler- oder Kettensägenschein zu ermöglichen und auch individuell auf Wünsche zu reagieren. In Ort B hingegen wurde die geplante Vielfalt möglicher Zertifikate nicht umgesetzt, das Angebot an beruflichen Qualifizierungen ist hier sehr gering. Auch im Unterrichtsbereich gibt es Anpassungen. Der schulische Unterricht verläuft in Ort A und B in Kooperation mit einer Schule, nur einige Fächer werden in Ergänzung im eigenen Projekt angeboten – auch das wurde im Antrag nicht so ausgeführt.

Auch im Bereich der beruflichen Qualifizierung fand ein Ausgleich statt. So hat auch Ort A, wie dies nicht aus dem Antrag ersichtlich war, eine eigene kleine Holzwerkstatt eingerichtet, in der die Jugendlichen handwerkliche Erfahrungen sammeln können.

Hinsichtlich der sozialpädagogischen Arbeit treten nur wenige Veränderungen auf. Das liegt m.E. am wenig reflektierten Umgang mit diesem Bereich. Sowohl in den Anträgen als auch in den Interviews gab es hierzu nur wenige detaillierte Aussagen. Nur die Projektleiterin in Ort A äußerte sich eingehender zu diesem Bereich und zeigte die Konkretisierungen, die im Verlauf des ersten Jahres zur Umsetzung der Ziele vorgenommen wurden, auf.

In allen drei Projekten nimmt die Vorbereitung auf die Arbeitswelt in der täglichen Arbeit einen breiten Raum ein. Allerdings konnten Innovationen wie ein Qualifizierungspass oder Wochenberichte als Training für kontinuierliches Arbeiten nicht in die Realität umgesetzt werden. Dafür gibt es weiterführende Bemühungen, auf diesem Gebiet noch mehr zu leisten, z.B. durch Berufskundeunterricht zur Vorbereitung auf die Anforderungen in

bestimmten Berufsfeldern oder das Bewerbungstraining mit einem professionellen Berater aus der Wirtschaft.

Auch der fünfte Bereich, die Einsatzstellen, weist wichtige Anpassungen auf, die in der Mehrzahl als positiv gewertet werden können, da die Projekte nun stärker im Sinne der allgemeinen Anforderungen des FSTJ agieren. Zu nennen ist v. a. die Tendenz, die Teilnehmer alle in Praktika auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. So werden Einsatzstellen beim Träger oder der Stadt kaum genutzt und sind v. a. Jugendlichen vorbehalten, die noch nicht in Firmen und Unternehmen eingesetzt werden können. Die Akquise der Stellen ist in den Konzepten nicht näher erläutert. Hinsichtlich der Akquise ähneln sich die Projekte, alle greifen auf Pools sowie auf durch die Mitarbeiter gewonnene Stellen zurück. Die Jugendlichen werden in unterschiedlichem Maße an der Suche beteiligt.

Eine Bedingung des Modellprogramms war es, die Nachbetreuung der Jugendlichen nach deren Ausscheiden zu gewährleisten. In den Konzepten wird dabei nicht ausgeführt, wie diese Nachbetreuung aussehen soll, sondern nur die Zusicherung zum Dass festgehalten. Interessant ist hierbei die Strategie in Ort C, wo man auf Probleme bei der Nachbetreuung reagiert hat und eine starke Strukturierung dieses Angebots vornimmt.

Die aufgezeigten Veränderungen besagen nichts über die Qualität der geleisteten Arbeit. Doch sie sprechen für ein engagiertes Personal, das versucht, Probleme immer im Sinne der Jugendlichen zu lösen, sich für diese einzusetzen, neue Wege zu gehen und nicht in alten Strukturen zu verharren. In diesem Sinne sprechen die vorgenommenen Anpassungen gerade für die Qualität der Projekte, was im Übrigen auch die Vermittlungsquoten und andere Zahlen belegen.

Fazit

Die drei Fallbeispiele zeigen sehr unterschiedliche Herangehensweisen an die Vorgaben des Modellprogramms FSTJ, wie die Profile der Einrichtungen anhand der eingereichten Anträge veranschaulichen. In der praktischen Arbeit wurden auf verschiedenen Ebenen Veränderungen notwendig, die Konzepte mussten und müssen ständig an die konkreten Anforderungen angepasst werden. Diese Anpassungen erfolgen in unterschiedlichem Maße, am geringsten waren sie in dem Projekt, das auf ein zweites Qualifizierungsbüro in derselben Stadt zurückgreifen konnte. Vorerfahrungen sind somit ein sehr guter Indikator für die Leistungsfähigkeit und praktische Arbeit eines neuen Projekts, auch wenn Modifizierungen, hier bedingt durch ein anderes Quartier mit anderen Ausgangsbedingungen, notwendig sind. Insgesamt ergeben sich durch die Anpassungen der Konzepte an die Realität Angleichungen zwischen den Projekten. Die Arbeit der Qualifizierungsbüros ähnelt sich durch die Abschaffung bzw. Marginalisierung des Phasenmodells stärker als aus den Anträgen ersichtlich. Hinsichtlich der Qualifizierungsangebote verringern sich die Unterschiede ebenfalls, zum einen durch die Aufnahme des Hauptschulabschlusses auch in Ort B, zum anderen durch die Verbreiterung der Möglichkeiten zum Erwerb beruflicher Zertifikate. Eine Angleichung erfolgt außerdem bei den in den Mittelpunkt gestellten Ein-

satzstellen. Alle Projekte orientieren sich in erster Linie auf Praktika auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Diese Prozesse zeigen, dass die eingereichten Konzepte, gerade was die praktische Arbeit betrifft, nicht allzu aussagefähig sind. Hinzu kommt, dass viele Dinge nicht explizit ausgeführt, sondern als selbstverständlich betrachtet und dennoch vorbildlich verwirklicht werden. Welche Punkte können nun aber als richtungweisend gewertet werden?

Offenbar sind Vorerfahrungen von großer Bedeutung, allerdings nur, wenn sich die Standorte nicht grundlegend unterscheiden, sondern wenn es sich wie im Beispiel Ort C um die gleiche Stadt handelt. Dabei ist auch eine personelle Kontinuität von Bedeutung. Das bestätigt auch das Netcafé in Ort B. Hier handelt es sich zwar um ein erstes FSTJ-Projekt des Trägers, doch hat dieser das Objekt Netcafé bereits zuvor für andere Programme genutzt und nun die Einrichtung den neuen Erfordernissen angepasst. Die Gefahr, dass sich das Projekt dann zuwenig an den Vorgaben des neuen Programms orientiert, wurde erfolgreich umgangen.

Ein weiterer guter Indikator sind die Ausführungen zu den Stadtteilbezügen. Hierin besteht die Besonderheit des FSTJ – und gerade dies wurde offenbar in den Konzepten recht intensiv bedacht und so umgesetzt.

Hinsichtlich der Aussagen zur geplanten Arbeit des Qualifizierungsbüros, zu den Bildungsschwerpunkten und den Einsatzstellen muss man davon ausgehen, dass die Anträge nicht alles enthalten. Einige Anforderungen des Modellprogramms erscheinen als so selbstverständlich (z.B. Einsatzstellen auf dem 1. Arbeitsmarkt), dass darauf nicht näher eingegangen wird (etwa gleich gar nicht auf die vorgesehene Akquise der Stellen). Von Bedeutung erscheint nach den vorliegenden Ergebnissen, dass die wesentlichen Punkte der geplanten Arbeit ausgeführt sind und von genauen Vorstellungen über die Herangehensweise und Umsetzung zeugen.

Das erstellte Raster erweist sich als sehr gut handhabbar und auch aussagekräftig, um ein Profil der Einrichtungen erstellen und diese miteinander vergleichen zu können. Auch lässt sich mit seiner Hilfe beurteilen, inwieweit die allgemeinen Ziele des FSTJ, über die konkreten des einzelnen Projekts hinaus, erfüllt werden konnten.

Literatur

Marquardt, E. 2004: Evaluation von Qualifizierungsprojekten. Eine Untersuchung am Beispiel der Qualifizierungsbüros des FSTJ. Arbeitspapiere aus dem Forschungsschwerpunkt "Übergänge in Arbeit" 2/2004, DJI München/Halle